

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage: „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58.

Breslau, Mittwoch, 9. März 1892.

3. Jahrgang.

Zum 1. Mai.

Am ersten Sonntag im wunderschönen Monat Mai dieses Jahres fallen die französischen Gemeinderatswahlen und die Maidemonstrationen der Arbeiter auf das gleiche Datum.

Wie werden sich die Bourgeoisie und ihre Regierung dieser Unannehmlichkeit gegenüber verhalten?

Die Verlegenheit ist nicht ganz klein, und die französischen Proletarier amüsieren sich darüber bestens.

Unser tüchtiger Parteigenosse Jules Guesde, dessen Reden und Aufsätze wir zum Teil für unsere Leser schon seit längerer Zeit verdeutschten, betrachtet die Angelegenheit mit gutem Humor.

Er schreibt darüber das Nachstehende:

„Kaum ist der 1. Mai von 1891 am Horizont verschwunden und hat von der mit dem Blute von Fourmies besetzten und durch die Wahl von Ville erschütterten dritten Republik Abschied genommen, und schon steigt der 1. Mai von 1892 am Firmamente auf, das Land mit Angst und Sorgen erfüllend. Das Zusammentreffen der internationalen Kundgebung mit den Erneuerungswahlen der Gemeindebehörden soll nach „Le Temps“ für die bestehende Ordnung verhängnisvoll sein.“

Es gäbe zwar wol ein Mittel, alle Unannehmlichkeiten zu verhüten, das nämlich, daß die französischen Arbeiter entgegen den in Brüssel eingegangenen Verbindlichkeiten auf die Demonstration am 1. Mai verzichten oder sich erst 14 Tage später dazu einfinden, wie jene tapferen Soldaten, die erst nach der Schlacht ins Feld zogen. Die unter allen Fraktionen der Arbeiter vorgenommenen Nachforschungen zeigten aber, daß Niemand bereit sei, in unehrenhafter Weise dem Gasenpanier zu folgen.

Die Arbeiter werden ihren „Tag“ nicht verschieben, wie es Constans, Freycinet und Guyot gerne sähen. Nein, diese Herren sollen den auf den 1. Mai gesetzlich vorgeschriebenen Wahltag vor- oder rückwärts verlegen, wenn sie das Zusammentreffen mit dem Arbeiter-Feiertag so sehr fürchten.

Würde das aber nicht aussehen wie eine Kapitulation vor einem Volksaufstand? Würde damit nicht die große Bedeutung einer Demonstration offen zugegeben, die nach den Aussagen der Minister gar nicht bestand oder wenigstens nur bei den Marxisten, die aber, wie Jedermann weiß, in Frankreich nicht vorkommen?

Vor einigen Monaten wurde von der Tribüne des Palais-Bourbon der 1. Mai als unbeachtenswert, der Besprechung einer weisen Regierung unwürdige Begebenheit bekräftigt, schließlich aber doch für würdig befunden, ihm durch Verlegung der nationalen Wahlen das Gefes zum Opfer zu bringen. Das scheint Einigen freilich etwas bitter zu schmecken. Wir können das ganz gut begreifen.

Von anderer Seite möchte man eben gar zu gerne, um nicht den Verdacht zu erwecken, als ob man sich vor der neuen Internationalen fürchte, „Standarte halten“, und mitten im Wahlgeschäft, ohne die Wähler gegen sich zu haben, die vorjährigen brillanten militärischen Uebungen ausführen, in den großen Arbeiterstädten wie in eroberten Ländern hausen, mit blanker Waffe ausziehen und das mit Stimmzetteln bewaffnete Volk niederschleusen.

Das wären ruhmvolle Taten wie diejenigen des letzten Jahres in Lyon, Marseille, Fourmies. Würden sie sich nicht in Niederlagen für den jetzt aus den Städten ausgezogenen Opportunismus verwandeln?

Soviel ist sicher, daß die herrschende Bourgeoisie

nur die Wahl zwischen einem für sie gleich schlechten oder einem für uns gleich guten Entschluß hätte.

Wo man am 1. Mai wählen wird, da wird man auch manifestieren, und wenn die Anderen nicht zu unserem eigenen Wahltag beitragen wollen, so bleibt ihnen nur übrig, mit ordinären und den ordinärsten Mitteln gegen die Manifestanten vorzugehen.

Die öffentliche Meinung ist für uns. Man bestreitet uns das, und es wird gut sein, es auf die Entscheidung durch die Bewegung antommen zu lassen. Wir können auch, wie der Kongreß von Lyon es beschlossen hat, die Forderung des Achtstundentages und die Aufstellung der Kandidatenliste für den Gemeinderat mit einander verbinden, indem wir diesen vor öffentlicher Versammlung die Alternative stellen: entweder erklärt euch für gesetzliche Reduktion der täglichen Arbeitszeit, oder wir geben euch keine Stimme!

Vielleicht wird man uns das Feld räumen durch die Vertagung der Wahlen vor oder nach der Manifestation. Wir werden aber dabei nicht nur die einzige Befriedigung haben, das Feld behaupten zu können; denn, wenn die Wahlen im April stattfinden, so müssen sich die Aspiranten auf die Gemeindeämter der mit dem 1. Mai offiziell verbundenen Arbeiterpartei fügen. Es würden in allen Gemeinden, wo die Arbeiter ihres Sieges sicher sind, vorherrschend sozialistisch gesinnte Gemeindebeamte einige Tage nachher der großen Heerschau der Proletarierkräfte beiwohnen.

Wenn aber die Wahlen erst im Juni stattfinden, so werden sie allen denen zur Strafe werden, die sich den für ihre Befreiung kämpfenden Arbeitern in den Weg gestellt haben. Die Furcht vor unmittelbar folgender Strafe wird sie veranlassen, die Manifestanten zu schützen und die neuen Kugeln in den Gewehren und die Soldaten in den Kasernen ruhen zu lassen.

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

Der kleine Mensch wollte es dem Kranken überreichen; er stieß es zurück: „Gehe zu allen Teufeln, du Tier! Wie oft muß ich es sagen, Sau d'Heliotropes darauf!“ Der Diener holte eine kleine Flasche hervor und besprengte das Tuch; ein angenehmer Geruch verbreitete sich im Zimmer — es war daselbe Parfüm, das jenes gefundene Tuch an sich getragen.

Der Medizinalrat bebte an allen Gliedern; es war kein Zweifel mehr, er hatte hier den Mörder der Sängerin Bianetti, den Chevalier de Planto vor sich; es war ein Giftlofer, ein Kranker, ein Sterbender, der hier im Bette saß, aber dem Doktor war es, als könne er alle Augenblicke aus dem Bette fahren und nach seiner Kehle greifen, er ergriff seinen Hut, es trieb ihn fort aus der Nähe des Schredlichen.

Der kleine Sakai packte ihn am Rock, als er ihn gehen sah. „Ach, Wobledler!“ stöhnte er. „Sie werden mich doch nicht bei ihm allein lassen wollen? Ich halte es nicht aus, wenn er jetzt stirbt und dann sogleich als flanelleses Gelpenst mit der Zispelmüge auf dem Schädel auf und ab spaziert! Um Gottes Barmherzigkeit willen, verlassen Sie mich nicht!“

Der Kranke grinst fürchterlich und lachte und fluchte untereinander, er schien dem Kleinen zu Hilfe

kommen zu wollen, er streckte ein langes, dürrs Bein aus dem Bette, er krallte die dünnen Finger nach dem Doktor. Doch dieser hielt es nicht mehr aus; der Wahnsinn schien ihn anzustecken, er warf den Kleinen zurück und floh aus dem Zimmer; noch auf den untersten Treppen hörte er das gräßliche Lachen des Mörders.

XII.

Am Morgen nach dieser Nacht fuhr ein hübscher Stadtwagen vor dem Hotel de Portugal vor; es stiegen drei Personen, eine verschleierte Dame und zwei ältliche Herren, heraus und stiegen die Treppe hinan. „Ist der Herr Oberjustizreferendarius Pfälle schon oben?“ fragte der eine dieser Herren den Kellner, der sie hinaufführte. Dieser bejahte, und der Herr fuhr fort: „Und doch ist es eine sonderbare Fügung des Schicksals, daß er die Treppe herabstürzt und sich selbst den Dolch in die Brust stößt, daß er sich selbst verhindert, zu entfliehen, daß gerade Sie, Lange, zu ihm beschieden werden!“

„Gewiß“, sagte die verschleierte Dame, „finden Sie aber nicht auch ein eigentliches Verhängnis in diesen Sündpflüchern? Das eine mußte er bei mir liegen lassen, welcher Zufall! das andere mußte er gerade in dem Augenblick verlangen, wo der Doktor noch bei ihm ist.“

„Es mußte so gehen“, erwiderte der zweite Herr, „man kann nichts sagen, als es mußte so kommen. Aber in diesem Strudel hätte ich beinahe etwas ver-
gessen; sagen Sie, was ist es denn mit dem Pafsa

von Janina? Signora mußte sich offenbar getäuscht haben. Sie haben ihn wieder auf freien Fuß gesetzt? Wer war der arme Teufel?“

„Mit nichts und im Gegenteil“, sprach der erstere, „ich habe mich überzeugt, daß es ein Mitschuldiger des Chevaliers ist, dem ich schon lange auf der Spur bin. Ich habe ihn schon hieher bringen lassen, es wird mit dem Mörder konfrontirt werden?“

„Nicht möglich!“ rief die Dame. „Ein Mitschuldiger?“

„Ja! ja!“ sagte der Herr mit schlaudem Lächeln, „ich weiß allerlei, wenn man mir es auch nicht angiebt. Aber Gottlob, wir sind oben, hier ist ja gleich Nr. 53. Mademoiselle, haben Sie die Güte, einstweilen hier auf 54 einzutreten; der Kapellmeister hat es erlaubt und wird Sie nicht hinauswerfen; dafür wollte ich stehen. Wann das Verhör an die Sie kommt, werde ich Sie rufen.“

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß diese drei Personen die Sängerin, der Doktor und der Direktor waren; sie kamen, um den Chevalier de Planto eines Mordversuchs anzuklagen. Der Direktor und der Medizinalrat traten ein; der Kranke saß noch ebenso im Bette, wie ihn der Doktor in der Nacht gesehen; nur schienen beim Tageslicht seine Züge noch krasser, der Ausdruck seiner Augen, die schon zu erstarren anfangen, noch schauerlicher. Er sah bald den Doktor, bald den Direktor mit seelenlosen Blicken an, dann schien er nachzusinnen, was hier in seinem Zimmer vorgehe, denn der Referendarius Pfälle, ein kurzer, junger Mann

Es würde letztes Jahr in Formies auch kein Blutbad angerichtet worden sein, wenn die Stadt am Vorabend eines Wahltages sich besonnen hätte.

In allen Fällen wird der erste Mai geeignet sein, unser Proletariat einen Schritt vorwärts zu bringen.

Von heute an wird man nicht nur mit uns rechnen, man wird auf Mittel und Wege sinnen, wie man mit möglichst geringem Schaden sich aus diesen immer schlimmer werdenden Schwierigkeiten ziehen könne, in die hinein die besitzenden und herrschenden Klassen überall gerissen wurden."

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Sozialdemokratische Anträge finden in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung nur selten die Zustimmung der deutsch-freisinnigen Majorität. Kürzlich wurde der Stadtverordnete Genosse Zukauer in den Staats-Ausschuss gewählt, welcher gegenwärtig mit der Vorbereitung des Etats der Stadt Berlin für das Etatsjahr 1892-93 beschäftigt ist. In der am Freitag abgehaltenen Sitzung dieses Ausschusses stellte nun Genosse Zukauer den Antrag, dem Magistrat zu empfehlen, demnächst in zwei Berliner Gemeindefchulen versuchsweise mit der Errichtung und Unterhaltung von Vabereinrichtungen für die Schüler (sogenannten Regenbädern) vorzugehen. Dieser Antrag fand die Zustimmung des Staats-Ausschusses, jedoch mit der Beschränkung, daß sich der Veriaß zunächst nur auf eine Gemeindefchule erstrecken soll. Wir wollen hoffen, daß das Plenum der Berliner Stadtverordneten-Versammlung dem Antrage des Staats-Ausschusses zustimmen und dadurch eine Einrichtung treffen wird, die sich in anderen Städten, z. B. Göttingen, München u. s. w. längst als sehr nützlich bewiesen hat.

Zum Kampf um die Volksschule. Der "Vorwärts" berichtet: "In Rummelsburg (Kreis Nieder-Barnim bei Berlin) sprach am Donnerstag Reichstags-Abgeordneter Fritz Kunert in einer Volkerversammlung über den Volksschul-Gesetzentwurf. Er bezeichnete den Entwurf als einen Ausfluß der trassischen Reaktion, als einen kampfhaften Versuch, von der Jugend die sozialdemokratischen Ideen fern zu halten. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen, teils Fragen an den Referenten richtend, teils dessen Ausführungen ergänzend."

Hierauf führt der "Vorwärts" die angenommenen Resolutionen an. Darunter befindet sich auch die unsere Defens bekannte Breslauer Resolution in der Volksschulfrage. Sie wurde mit allen gegen eine "unabhängige" Stimme und mit folgendem trefflichem Zusatz angenommen:

"In Erwägung, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit und die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen Zwecken, sowie die Weltlichkeit der Schule fordert, erklärt sich die Versammlung mit aller Entschiedenheit gegen die Einföhrung des Schul-Gesetzentwurfs als Gesetz, da durch dasselbe nur eine durchaus veraltete

Bevormundung der Gewissensfreiheit herbeigeföhrt werden würde.

Die Versammlung kann das Heil der Volkserziehung nur von gesetzlichen Einrichtungen erwarten, wie sie das Programm der sozialdemokratischen Partei aufstellt.

Die Versammlung erblickt in dem neuen Entwurf nur die Konsequenz der kulturfeindlichen Bestrebungen der herrschenden Klassen. Die Auffassung, daß der Entwurf als Schulgesetz mit seiner streng religiösen und konfessionellen Grundlage als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu verwenden sei, betrachtet die Versammlung als Beweis dafür, daß man in den herrschenden Kreisen keine Ahnung von den Grundursachen hat, welche die sozialdemokratische Bewegung hervorriefen.

Die Versammlung spricht den auf Grund des Dreiklassen-Wahlsystems gewählten Abgeordneten des preussischen Abgeordneten-Hauses die Möglichkeit ab, wirkliche kulturfreundliche Bestrebungen durchzuführen, da diese gegen deren eigenes Klasseninteresse verstoßen würden."

Die Diskussion gestaltete sich zu einer vollenbeten Niederlage der anwesenden oppositionellen Elemente der hiesigen "Unabhängigen", die in bekannter Unabhängigkeit von gesundem Menschenverstande, Logik und Anstandsgefühl ihre bekannten sauberen Redensarten von einem ihrer Konfusionsräte produzieren ließen.

Die Wahl einer Reise-Kommission wurde beantragt und für später in Aussicht genommen.

Fritz Kunert referiert am Mittwoch, den 9. März, in Berlin im Schützenhause (V. Wahlkreis) über das Thema: "Die nationale und internationale Bedeutung der Reiseleiter."

Stunruhigung! Der "Deutsche Reichsanzeiger" und der königlich preussische Staatsanzeiger" veröffentlichen im Anschluß an eine bayrisch-offizielle Notiz der "Münchener Allgemeine Zeitung" Folgendes: "Das sozialdemokratische Blatt "Vorwärts" hatte vor einiger Zeit einen Erlaß des bayrischen Kriegsministeriums über Soldatenmißhandlungen veröffentlicht. Von Seiten der zuständigen Militärbehörde ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden, um zu ermitteln, auf welche Weise der erwähnte Erlaß in die Hände der Sozialdemokraten gelangte. Wie die "Allg. Ztg." hört, soll diese Untersuchung nicht ohne Erfolg geblieben sein, so daß berechtigte Hoffnung besteht, daß der Täter seiner Bestrafung nicht entgehen werde. Die Möglichkeit, daß derartiges vorkommen konnte, hat selbstverständlich im Publikum eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen; es sind aber, wie das genannte Blatt mitteilen kann, die nötigen Vorkehrungen getroffen worden, um in Zukunft einen solchen Vertrauensmißbrauch zu verhindern." — Vielleicht ist die Annahme nicht ungerechtfertigt, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Seitdem die Reichshadt Nürnberg an das Königreich Bayern angegliedert worden ist, gilt doch die alte Sprachweisheit innerhalb des ganzen Bereichs der blauweißen Grenzpfähle: "Die Nürnberger hängen keinen, so müßten ihn denn gan!" Vor allem jedoch fällt die erstaunliche Sinnes-

täuschung auf, welche den altehrwürdigen "Reichsanzeiger" umfassen hält. Bis zu dem jetzigen Augenblick mußte alle Welt nur von dem mit elementarer Gewalt losgebrochenem Entrüstungsturm, der sich gegen die schmachvollen Soldatenmißhandlungen richtete und den bürokratischen Perrücken unbarmherzig das letzte Federstäubchen ausgeschüttelt hat. Beunruhigt waren die deutschen Bürger, waren Eltern, Geschwister, Kinder, waren alle anständigen Leute, welche menschlich empfanden, nur über die in deutschen Kasernen herrschenden Zustände, und mit Dank wurden die Enthüllungen aufgenommen, welche das lägerische Gaukelbild des Militär-Jobbs ein für allemal verschwinden machten. Wenn heute das amtlichste aller amtlichen Organe in holder Trübung der Sehkraft die urwüchsigste Erbitterung, die allein, ganz allein wider den Militarismus sich wendet, für eine schmiegsam-bevorte Wehmut ansieht, die sich in Tränen auflöst über die Veröffentlichung der bekannten Erlasse, so haben wir bei allem Respekt vor Sr. Exzellenz dem "Reichs-Anzeiger" nur eine Erklärung für diese Halluzination. Wie sang doch einst Kultus-Exzellenz Mähler:

"Schäme dich, schäme dich, alter Gesell!"

10 1/2 Millionen Mark für den Dombau. Für den Berliner Dombau wird vorläufig die Summe von 10 1/2 Millionen verlangt, und der preussische Landtag wird diese Forderung bewilligen. Vorläufig sträuben sich die Gegner des Volksschul-Gesetzentwurfs in der Absicht, irgend ein Zugeständnis zu erlangen. Die Nationalliberalen, die Alles bewilligen, sie, welche den letzten Mann und den letzten Groschen, Kornzölle, Schnapssteuer, Zuckerprämien votiert haben, gebärden sich wie Männer, denen die allgemeine Wolfsgart am Herzen liegt. Sie werden schon umfallen. —

Die Briessperre scheint über die Firma des wegen Hochverrats verhafteten Sozialisten G. Arndt, welcher in Berlin ein Zigarrengeschäft betreibt, verhängt zu sein, ohne daß dem Inhaberten oder dessen Frau davon Mitteilung gemacht worden wäre. Der Frau Arndt war es aufgefallen, daß sie seit der Verhaftung ihres Mannes keine Briefe mehr erhielt, sie teilte das einem Bekannten mit und dieser sandte dann innerhalb einiger Tage drei Briefe an die Firma ab. Von diesen drei der Post übergebenen Briefen ist keiner in die Hände der Frau Arndt gelangt. Während der Wackelfahrt-Post drei Briefe mit derselben Adresse zur Beförderung übergeben und diese gelangten prompt ans Ziel.

Otto Reimers letzter Brief. Ueber die Gründe, welche unsern dahingegangenen Genossen Otto Reimer bestimmt haben, einem Dasein, das für ihn nur mehr Qual und Schrecken bedeuten konnte, durch einen Sprung in die Alster ein Ende zu machen, unterrichtet uns ein von ihm hinterlassener Brief, den er auf der Redaktion des "Echo" für "alle Fälle" hinterlegte, als er von seinen dortigen Freunden Abschied nahm, angeblich, um sich ins Krankenhaus zur Operation, in Wirklichkeit aber auf seinen letzten Weg zu begeben. Der Brief lautet:

mit roten Wangen und kleinen Auglein, hatte sich einen Tisch zurecht gestellt, einen Stoß Papier vor sich hingelagt und hielt eine lange Schwannensefeder in der Rechten, um zu protokollieren.

"Bete, was wollen diese Herren?" rief der Kranke mit schwacher Stimme dem kleinen Lakaien zu. "Du weißt ja, ich nehme keine Besuche an."

Der Direktor trat dicht vor ihn hin, jaß ihn fest an und jagte mit Nachdruck: "Chevalier de Planto!"

"Qui vive?" sagte der Kranke und fuhr mit der Rechten an die Schlafmütze, als wolle er militärisch salutieren.

"Mein Herr, Sie sind der Chevalier de Planto?" fuhr jener fort.

Die grauen Augen fingen an zu glänzen, er warf schreckende Blicke auf den Direktor und den Referendar, schüttelte mit höhnischer Miene den Kopf und antwortete: "Der Chevalier ist längst tot."

"So? Wer sind denn Sie? antworten Sie, ich frage im Namen des Königs."

(Fortsetzung folgt.)

Schnitzel.

Woh! unermessliche Räume tiefer Unstillschkeit und Bewunderung aller Begriffe werden wiedgedacht, wenn man den Zusammenhang aller unserer Lebensbedürfnisse etwas ehrlich untersucht. Man kann von Allem, was als gerechtfertigt oder richtig gilt, geradezu das Gegenteil nehmen und wird nicht das Richtige treffen. Aus "Bornhagen's Erzählungen".

Stanislaus Padlewsky.

(Fortsetzung.)

Er, Seliverstoff, könne ihm eine Million zeigen; hier in dem Schubfach seines Schreibtisches liege eine Million, aber, sagte er drohend und schloß mit Bezug auf seine zur Hand liegenden Waffen hinzu, es liege noch ein Ding darin, mit dem er jeden Unberufenen eventuell zurückweisen könne.

Padlewsky war es natürlich gar nicht um das "Erscheinen einer Million" zu tun. Wohl aber kam ihm außerordentlich viel darauf an, zu wissen, ob das erwähnte Schubfach geöffnet und was der wirkliche Inhalt desselben sei, wobei er besonders die Papiere und Briefkästen des russischen Würdenträgers im Auge hatte, und auch zu wissen, ob der Diener sich im Nebenzimmer befände. Um sich Gewissheit zu verschaffen, ging er scheinbar auf das Gerede des Generals ein, und eruchte denselben, ihm doch einmal eine Million zu zeigen. Unter dem Vorgeben, daß er den Schlüssel zum Schubfach nicht zur Hand habe, machte Seliverstoff dem Gespräch eine andere Wendung zu geben. Padlewsky aber, dem plötzlich eine Idee durch den Kopf geschossen war, erbot sich eilig, beim Diener den Schlüssel zu holen und rasch ging er auf die Tür des Nebenzimmers los, um dieselbe zu öffnen und sich nach dem Diener umzusehen. Ehe er aber noch die Tür erreicht hatte,

rief ihn der General mit der Bemerkung zurück, er solle es lassen.

Jetzt rückte Seliverstoff endlich mit seinen wahren Absichten heraus. Er bot Padlewsky an, daß dieser in seine Dienste treten und ihm regelmäßige Berichte über das Treiben im Klub, über die Personen, die dort verkehrten, über die Aeußerungen, die dort fielen, liefern sollte: Besonders auch die Mitglieder des hohen russischen Adels und der Prinzen, die gelegentlich etwa dort sich einfanden dürften, habe er zu überwachen. Auch die Frauen . . .

In diesem Augenblick krachte ein Schuß. Padlewsky hatte, erbittert über das ihm gestellte Ansuchen und im Moment jede ihm drohende Gefahr außer Acht lassend, in die Tasche gegriffen; einen Revolver hervorgeholt, die Waffe, nur wenige Zoll von dem Kopfe des Generals entfernt, auf diesen abgefeuert, dabei ausrufend: "Nimm das für die Bomben!" . . . Er stand während der Zeit neben dem immer noch auf seinem Stuhl sitzenden Seliverstoff, der sich über seinen Schreibtisch gebeugt Notizen machte, so daß er die Bewegungen Padlewsky's nicht beobachten konnte. Seliverstoff neigte nach dem Schusse sein Haupt langsam vornüber und ließ es schwer auf den Schreibtisch fallen, um dann bewegungslos in dieser Stellung zu verharren.

Padlewsky blieb, die rauchende Pistole in der Hand, stehen, um abzuwarten, wer und was kommen würde.

(Fortsetzung folgt.)

„An die Redaktionsmitglieder.

Werte Genossen und Freunde!

Es ist doch ein eigenliches Ding, so bei gesundem Verstande seine letzten Worte aufzuschreiben. Ich bin übrigens ziemlich fatalistisch dabei, und Ihr werdet wohl sagen, mit Recht, denn ich habe Nichts zu verlieren. Man könnte einwenden: „Denkst Du denn nicht an Deine Kinder?“ Aber gerade an die denke ich, daß ich ihnen weiterhin nur eine Last sein werde. Wenn Ihr mich hört, wird gewiß kein vernünftiger Mensch sagen, daß ich im Unrecht bin, wenn ich meiner Qual ein Ende mache.

(Reimer schildert dann eingehend den Beginn und Verlauf seiner schrecklichen Leiden, seine Befürchtung, daß eine Operation unglücklich verlaufen werde, und fährt dann fort):

Schlägt man mir nun ein Loch in den Kopf, so ist es fraglich, ob die rechte Stelle getroffen wird; jedenfalls ist die Gefahr des Irrsinnigwerdens weit größer als früher. Im aller glücklichsten Falle werde ich nur für kurze Zeit vom Schlimmsten befreit, während die anderen Krankheiten nachbleiben, und ich nichts mehr bin, als ein Versuchungsobjekt für die Herren Ärzte. Wenn ich mir nun diese Qual erspare, so habe ich gewiß Recht; es ist unnütz, an mich noch Geld zu verschwenden, denn unter den jetzigen Umständen — — — — — und meinen Kindern fehlt ein geregelter Lebens. Ist es deshalb für den Moment auch bitter für die armen Dinger — ist der erste Schmerz überstanden, so wird es für sie viel besser sein, als wenn ich sie durch meine Krankheit noch ferner so schwer in Mitleidenschaft ziehe.

Freunde! Die Ihr mir soeben die Versicherung gegeben habt, Du, lieber Frohne, Fischer und J. Audort, ich denke, Ihr werdet Euer Wort einlösen, auch einem Selbstmörder gegenüber. Wenn diese einzige Sorge von mir genommen ist, kann ich mit Zug und Recht über meine traurige Existenz verfügen. Sagt mir, wer von Euch würde es nicht euen zu machen? Mich ängstigt nur Eines, daß ich möglicherweise an der Ausführung gehindert werde, denn einen Revolver habe ich leider nicht, will auch den Kindern das Geld dafür nicht entziehen; im Hause kann ich die Lat auch nicht begehen wegen der armen unglücklichen Kinder. Einige Tage warten kann ich auch nicht mehr, denn ich kann Nachts die Schmerzen nicht aushalten, und der Eiter wird mir, da er kleinen Abfluß hat, rasch ins Gehirn treten. Ich habe schon formwährend Nebellen empfunden, deshalb also frisch gewagt und nicht auf dem Operationsbisch sich hinopfern lassen, oder dem Irrenhause mit allen seinen Schrecken verfallen. So habt Ihr mich zuhört, indem ich bei Euch sah und diese Seiten schrieb, als einen Guregleichen betrachte; ganz anders, wenn man mich zollweise hinmartert oder wenn ich zum Tiere herabsinke. Vielleicht werdet Ihr sagen, das war lange so schlimm nicht; leider kenne ich aber aus Erfahrung meinen Zustand besser, was jetzt eingetreten, und auch das Frühere, habe ich den Umständen nach vorausgesehen. Daß sich meine Knochen in der Schläfe entzünden würden, fürchtete ich schon im Dezember und sagte es den Ärzten; die letzten mich aber aus. Die Ursache zu dieser Krankheit stammt von einer Versammlung im „Ballhofsaal“ in Hannover, wo ich bei einer schrecklichen Kälte redete, ohne vorher Abendbrot gegessen zu haben; da ich zum ersten Male der kleine Knochen aus. Ich legte dem aber weiter kein Gewicht bei. Indem ich Euch allen danke für Eure Freundlichkeit und Nachsicht, meine herzlichsten Grüße an alle, Stollen nicht vergessen! — Nochmals bitte ich, sorgt für meine Kinder! Der Schritt, den ich tue, ist gewiß keine Feigheit. Hätte ich Aussicht auf Erfolg, würde ich mich der Operation mit Freuden unterziehen, denn ich lebe gar zu gerne, wenn auch nur fünf Jahre.

Nochmals lebt wol, sollte meine Absicht nicht zur Ausführung gelangen, wird hoffentlich Niemand diese Zeilen sehen.

Euer unglücklicher Genosse

D. Reimer.

Wald hätte ich vergessen, Freund Stengele zu danken. Man wird mich hoffentlich noch als Parteigenossen betrachten; es sind 25 Jahre, daß ich der Partei angehöre und Aemter bekleide. 1867 fing ich damit an, der Zigarrenmacher-Gewerkschaft als Bevollmächtigter in Hamburg vorzutreten und den Sozialismus darin nach Kräften zu fördern.

Aber noch etwas, einen Wertgegenstand besitze ich, wenigstens nominal, die Altonaer rote Fahne! Das Recht an derselben übertrage ich an E. Frohne, als den geeignetsten Mann. In meinem Schrank in meiner Wohnung wird er die Spenkungsurkunde finden. — Wenn es J. Audort interessiert sollte, einen Blick in meine Verhältnisse, die ich in Amerika durchgemacht, zu tun, so mag er sich mein altes Kontonummer geben lassen; ich habe darauf geschrieben, daß es für ihn ist. Zwei angefangene Erzählungen für die Zeitung habe ich leider nicht fertig bekommen, ich konnte nicht, weil ich ja stets meine Hände eingewickelt hatte.

D. D.

Frankfurt. Zweite Beschlagnahme der „Frankfurter Zeitung“. Die „Frkf. Ztg.“ schreibt: Am 4. März, früh, wurde das erste Morgenblatt Nr. 62. der „Frankfurter Zeitung“ vom 2. März auf Veranlassung des Untersuchungsrichters wegen des darin enthaltenen Leitartikels mit Beschlagnahme belegt. Es soll darin und zwar in dem Zitat aus der Wiener Korrespondenz eines Londoner Blattes eine Majestätsbeleidigung enthalten sein. Der verantwortliche Redakteur des politischen Teiles der „Frankfurter Ztg.“ ist bereits heute von dem Untersuchungsrichter vernommen worden. — Das ist also die zweite Beschlagnahme, die derselben Zeitung widerfährt. Zu der Konfiskation der Nummer, in welcher ein Feuilleton von Maximilian Harden gestanden hatte, bemerkt der letztere, daß sein Feuilleton „Gekrönte Worte“, welches zu der Beschlagnahme Veranlassung gab, vor der Anrede des Kaisers an den Reichstagslandtag ge-

schrieben worden ist und sich weder mit der Person noch mit den Aeußerungen der Monarchen in irgend einer Weise beschäftigt. Der betz. Aufsatz schildert vielmehr die Wirkungen und Schicksale solcher historischen Schlagworte, die zur Zeit ihres Entstehens von allgemeinem Jubel begrüßt worden sind.

Ausland.

Frankreich.

„Dynamit“ und kein Ende. Die Lockspitzel und andere Ordnungswächter sind fieberhaft geschäftig. Folgende Schauermärchen kommen aus Paris: Am 2. März wurden zwei mit Nitronastalin gefüllte Büchsen an der Pforte des Genbarmerie-Gebäudes in Saint Duen niedergelegt, eine Explosion erfolgte nicht, weil der Zünder, ehe er die Waffe erreichte, erloschen war. Am 3. März, Morgens, fand ein Arbeiter vor dem Hotel der Baronin du Teil, Rue Monsieur eine Blechbüchse mit einem Zünder, welche Dynamit zu enthalten schien. Die Büchse wurde zur Untersuchung nach dem Minuzipallaboratorium geschafft.

In irgend einem Bureau eines belgischen Ministeriums ist glücklich eine mit Dynamit gefüllte Sardinienbüchse erlogen worden. Es ist nachgerade gefährlich, leere Sardinienbüchsen auf die Gasse zu werfen.

Schon vor einigen Monaten wurde aus Paris ein Sardinienbüchsen-Attentat gemeldet — irgend einer der Minister wollte durchaus Märtyrer sein, und schließlich stellte sich heraus, daß das „Attentat“ nur ein Jux war, den sich ein Spatzvogel gemacht hatte.

Schwarzer. In verschiedenen bürgerlichen Zeitungen lesen wir:

„Das Tagewort einer vornehmen Pariserin, das wie die Moden derselben einem fortwährenden Wechsel unterworfen bleibt, ist gegenwärtig ein so anstrengendes, daß man sich wundert, wie sie es überhaupt bewältigt. Früher genügte es, wenn sie sich in den Premieren (erste Aufführung) der fashionablen (modisch, vornehm) Theater zeigte, jetzt verlangt man, daß sie bereits die Generalproben besuche. Von da eilt sie natürlich auf Bälle oder Soireen. Die Zeit zum Auschlafen wird ihr immer knapper zugemessen, denn die sehr beliebten Matinées dansantes (Morgengesellschaft mit Tanz) erfordern eine aufmerksame Vorbereitung. Dabei fängt die amerikanische Sitte der „Réceptions de jour“ an, sich in Paris einzubürgern, obgleich der 5 o'clock tea darum noch nicht abgeschafft ist. Der Eisport hatte dieses Jahr allerdings eine sehr kurze Dauer, aber wie wurde diese ausgenützt! Besuche, Ausfahrten, dann und wann das Anhören eines Modepredigers, gehören zu unerläßlichen Pflichten. Daß die Kunst dabei nicht leiden darf, versteht sich von selbst. Die Separatausstellungen der vornehmen Künstlerklubs haben bereits begonnen — wer auf sich hält, darf dort nicht fehlen u. s. w. Wenn nun die sogenannten „untern“ Schichten der Gesellschaft, die doch entschieden die stärkeren Nerven haben, sich schon über eine 9-10stündige Arbeitszeit beklagen, was sollen da erst die oberen Zehntausend tun? Wahrlich, wenn die femme comme il faut endlich auch einmal um einen nur 8stündigen Arbeitstag petitionirt, welcher Menschenfreund wollte es ihr vor-denken?“

Und in diesen Kreisen, in welchen die Arbeitsscheu als vornehm gilt und besonderes Ansehen genießt, hat man die Frechheit, anlässlich der Massenarbeitslosigkeit der Besitzlosen über „arbeitscheue“ Proletarier zu mauneln! Will man arbeitscheue Menschen sehen, so gehe man in die Salons, Klublokals, feine Restaurants und Kaffee's, auf die Universitäten u. s. f., dort kann man sie zu jeder Tages- und Nachtzeit treffen.

Diese arbeitscheuen Männlein und Weiblein der besitzenden Klasse sind Schwarzereristerzen, Parasiten am gesellschaftlichen Organismus. Sie führen ein üppiges Leben auf Kosten der arbeitenden Klasse. Sie muß im sauren Schweiß ihres Angesichtes die Güter und Genussmittel produzieren, welche von diesen Drohnen aufgesaugt werden, ohne daß sie ihrerseits an der gesellschaftlichen Arbeit sich beteiligen. Die Arbeiterklasse schafft und muß darben, damit die Arbeitsscheuen prassen können! So will es die Weltordnung des Klassenstaats!

Rußland.

Der Typhus, der furchtbare Begleiter des Hungers, behnt sein Machtreich aus. Die Mitteilungen über Ausbruch des Typhus in dem Innern Rußlands mehren sich; in Kasan herrscht der Typhus in 66 Straßen und 402 Häusern; in Jekaterinburg sind wegen des Typhus einige Straßen gesperrt; in Tschelabinsk (Gouvernement Orenburg) herrscht der Typhus ebenfalls. In den von der Hungersnot heimgejagten Ge-

ieten besteht dazu noch ein großer Mangel an Mehl. In Odesa und Saratow ist gleichfalls eine Typhusepidemie ausgebrochen. An der galizischen Grenze wird besorgt, daß, wenn nicht in den Karpaten Vorkehrungen getroffen werden, die Epidemie, welche auf der russischen Seite längs der Karpaten bereits wütet, nach Galizien überzugreifen könnte. Und wer bürgt dafür, daß der schlimme Geselle nicht noch weiter westlich seinen Weg nimmt und auch in Deutschland seinen Einzug hält. Empfängliches Menschenmaterial, das durch andauerndes Darben bereits entkräftet ist, findet er massenhaft vor.

Arbeiterbewegung.

Ein Urteil über Streiks.

Von A. Straffer, von 1877—1892 Präsident der Internationalen Zigarrenmacherunion von Amerika.

Die Beziehungen der Lohnarbeiter zu den Fabrikanten haben nicht die Natur einer Kompagnieschaft mit denselben Interessen, Gewinnen und Verlusten, sie gleichen vielmehr dem Verhältnis des Käufers zum Verkäufer einer Ware. Falls organisiert, wird jeder Teil bestrebt sein, für sich die günstigsten Bedingungen bei der gegenseitigen Uebereinkunft zu erlangen. Wenn kein Uebereinkommen erzielt wird, schließt der Fabrikant seine Fabrik — der Arbeiter stellt die Arbeit ein. Man nennt dies entweder einen Ausschluß oder einen Streik. In Wirklichkeit bedeutet es die Anstrengung einen bestimmten Preis oder Wert für Geschicklichkeit oder Verstand zu erhalten, welcher seinem Signer ein annehmbares Äquivalent für die zu vollbringende Arbeit sichert. Wenn die gegenseitigen Interessen durch die Verhandlungen nicht ermittelt werden können, verändern sich die Positionen in zwei feindliche Lager, wovon ein jeder Teil bereit ist, den Gegner zu vernichten. Die stärkste Seite schreibt die Bedingungen des Friedens vor, unter welchen das Arbeitsverhältnis wieder hergestellt werden kann. Es ist nicht Gerechtigkeit, welche siegt, sondern Macht. Die bestdisziplinierte Kraft, die vollständigste Organisation und die stärksten finanziellen Mittel bedingen die Macht, welche in dem Ausgleich bei gewerblichen Streitigkeiten als Gerechtigkeit anerkannt wird.

Gewerkschaften, gut organisiert und diszipliniert, begünstigen keine Streiks, sie entmutigen voreilige und unvorbereitete Bewegungen, um wirkliche oder eingebildete Beschwerden zu beseitigen. Ein Streik sollte nicht unternommen werden, bevor nicht alle Anstrengungen, soweit solche die Ehre und Würde des Arbeiters zulassen, die Differenzen zu schlichten, fehlgeschlagen sind. Bei Führung eines Streiks sollte Männlichkeit sich selbst behaupten, ausfallende Sprache, beschimpfende Artikel und Pamphlete sind der gerechteste Sache schädlich und sollten deshalb vermieden werden. Ein Streik sollte in einer ruhigen, doch energischen Art und Weise geführt werden, ohne anderes Prahl als auf tatsächlich vorhandene Fonds und sichere Quellen. Dies wird einzig die teilnehmende Aufmerksamkeit des Publikums und ein Respektieren unserer Beschwerden sichern.

Hamburg. Die Schuhmachergesellen Altonas haben in einer Versammlung im „Englischen Garten“ beschlossen, im nächsten Frühjahr einen allgemeinen Ausstand zu beginnen.

Achtung, Böttcher! Die „Deutsche Böttcher-Ztg.“ warnt auswärtige Kollegen vor dem Arbeitsamt in den Braunschweiger Zementwerken und der Stettiner Zementfabrik in Fredow. Bei beiden Werken ist es zwischen Direktion und Personal zu Differenzen über den Lohn gekommen.

Die Zigarrenarbeiter der Firma J. Thier u. Co. in Basel streiken. Die dortige Zigarrenarbeiter-Gewerkschaft erjucht um Fernhaltung des Zugangs.

Wegen Lohnkürzung streiken in Becco (Italien) die Seidenspinner. Was die Seide trägt, lebt im Vollen, was sie spinnst, nagt am Hungertuch.

Die Deichgräber, welche bei der Flugregulierung in der Nähe von Finale (Provinz Modena, Italien) beschäftigt wurden, haben die Arbeit eingestellt. Man mag sie schlecht genug behandelt haben. Militär ist hingefandt, um im Sinne des Kapitalismus „ausgleichende Gerechtigkeit“ zu üben.

Vor dem Streik konnte die Londoner Omnibus-Gesellschaft ihren Angestellten weder höheren Lohn zahlen, noch deren Arbeitszeit vermindern. Das hätte die Rentabilität des Betriebes beeinträchtigt. Nach dem Streik hat sich herausgestellt, daß die 30 000 Pfd. Strl. Mehrkosten, welche der Gesellschaft durch die Bewilligung der Forderungen erwachsen durch die Einführung des Billesystems mehr als

angeleglichen sind. Die Gesellschaft wurde also durch das Streik zu administrativen Verbesserungen gezwungen, welche sonst nicht vorgenommen worden wären.

Gerichtliches.

Wiesbaden. Ein Fall von Selbstverstümmelung wegen Abneigung vor dem Militärdienst wurde vor der hiesigen Strafkammer verhandelt. Angeklagt ist der Backsteinmacher Johann Kraß aus Willmar a. d. Bahn, 22 Jahre alt, von kräftiger, großer Statur, wie ein „Kerl von der Garde.“ Er wurde im Herbst 1890 zu dem 87. Regiment ausgedient und war schon mehrere Monate im Dienst, als er vom Regiment zur Verbüßung einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung beurlaubt wurde. Diese Strafe verbüßte er in dem hiesigen Landgerichtsgefängnis. Hier war er am 7. April 1891 in einem Holzschuppen mit Holzzerkleinern beschäftigt und hieb sich bei dieser Arbeit das vordere Glied des linken Zeigefingers ab. Die Anklage nimmt an, Kraß habe nach dieser Verstümmelung absichtlich beigebracht, um nicht mehr beim Militär dienen zu müssen. Dies bestreitet der Angeklagte und behauptet, er habe sich aus Unachtsamkeit die Verletzung zugezogen, indem er bei der Arbeit nach einer anderen Richtung geblickt habe. Nun ist aber ein Zeuge vorhanden, der zu gleicher Zeit mit Kraß im Gefängnisse gefessen hat und am 7. April mit ihm bei der Arbeit war. Dieser sagt eidlich aus, Kraß habe an jenem Tage oder Tags vorher erklärt, er werde sich einen Finger abhauen, um nicht mehr zum Militär zu müssen. Auch habe er ihn, den Zeugen, aufgefordert, ihm den linken Zeigefinger abzuhaufen, wobei er diesen auf den Holzblock gelegt habe. Diese Angaben des Zeugen bestreitet der Angeklagte entschieden. Nach Ansicht des Sachverständigen ist eine Verwundung, wie die vorgekommene nicht ausgeschlossen, dagegen ist es höchst unwahrscheinlich, daß sie unabsichtlich erfolgt ist, denn abgesehen von allen übrigen Umständen, die eine unabsichtliche Verletzung unwahrscheinlich machen, muß es auffallen, daß das Glied etwa rechtwinkelig abgehauen ist und nicht in schräger Richtung, wie es das natürliche gewesen wäre, wenn der Fall sich nach der Schilderung des Angeklagten abgespielt hätte. Der Staatsanwalt hielt nach dem Ergebnisse der Verhandlung die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr. Das Gericht erkannte in diesem Sinne und verhängte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr.

Kleine Chronik.

Ein geistlicher Hirte und seine Schafe. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Koblenz fand eine wenig „erbauliche“ Verhandlung statt. Mehrere Einwohner aus Landfern (Kreis Koblenz) waren der tätlichen und wörtlichen Beleidigung des dortigen katholischen Pfarrers angeklagt. Letzterer hatte seine Pfarrfinder wiederholt von der Kanzel herunter in schwerster Weise beleidigt. Der einzige Schieferbedeckter des Ortes hatte für Reparaturen am Pfarrhause eine Rechnung eingereicht. Diese verlas der Pfarrer auf der Kanzel. Den Mitgliedern des Kriegervereins spielt er vor, unter Zitiern einer Parodie auf das Lied „Die Wacht am Rhein“, aus dem Kriege hätten sie sich lahme Knochen und kranke Glieder mitgebracht. Mit bischöflicher Erlaubnis empfingen einige Pfarrfinder zu Ostern in einer anderen Pfarrkirche die Sacramente. Diese Leute nannte der Pfarrer „Häde“, indem er das Evangelium von den Hunden und Schafen pöbelte. Infolge dieser „Predigten“ entstand eine allgemeine Entrüstung in dem Orte eines Tages nach Beendigung des Gottesdienstes hoben mehrere Einwohner ihren „Seelsorger“ wegen der Beschimpfungen zur Rede. Bei dieser Gelegenheit ließ einer der Leute den Pfarrer vor die Brust. Die Leute waren zuerst wegen Landfriedensbruchs angeklagt. Die Staatsbehörde ließ jedoch diese Anklage fallen und so entstand der Beleidigungsprozeß. Die Beschuldigten wurden zu Geldstrafen verurteilt. Der Pfarrer gab in der Verhandlung an, die Aussetzungen zur „Wahrung berechtigter Interessen“ getan zu haben. Die bischöfliche Behörde hat den wiederholten Bitten der Einwohner von Landfern entsprochen und den „Streiter des Herrn“ nach Wittburg verlegt.

Von der bayerisch-böhmischen Grenze. Drei Schmuggler wollten kürzlich Schmuckachen, Tee und Kurzwaren über die Grenze bringen. Als sie bereits einige hundert Schritte jenseits der Grenze waren, wurden sie plötzlich von einem Grenzwachter gefaßt. Während zwei der Schmuggler eiligt davon liefen, wurde ein dritter mit dem Gewehre niedergeschlagen

und blieb anscheinend tot liegen. Der Grenzwachter glaubte seiner Beute sicher zu sein, deckte den Schmuggler mit seinem Mantel zu und lief, nachdem er sich durch einen Alarmschuß Sulkurs geholt, mit seinem Kameraden einen anderen Schmugglern nach, welche aber in einem nahen Walde verschwanden. Nun sollte wenigstens der zu Boden Geschlagene eingebracht werden, doch als die Wächter des Gesetzes zurückkehrten, fanden sie die Stelle leer. Der „tote“ Schmuggler hatte sich von seiner Angst und der Betäubung wieder erholt und sich schleunigst mit seiner Schmugglerware entfernt und noch dazu den Mantel des Wächters mitgenommen.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

187. Sitzung. (Schluß.)

Beim Kapitel Seelandtschaften, Konsulate u. s. w. weist Abg. Sammacker (natl.) darauf hin, daß es bedenklich sei, daß die Generalkonsuln und Konsuln so oft ihren Platz wechseln, bloß weil sie ihrem Dienstalter nach an der Reihe sind, einen andern Posten einzunehmen. Das schädigt die deutschen Interessen.

Staatssekretär v. Marschall erklärt, daß die Versekung der Generalkonsuln und Konsuln von vielen Dingen abhängig seien, nicht bloß von den Rang- und Dienstverhältnissen, sondern auch von den Gesundheitsverhältnissen und ähnlichen Dingen.

Das Kapitel wird bewilligt. Unter den allgemeinen Fonds sind angeführt 500 000 Mk. (bisher nur 48 000 Mk.) zu geheimen Ausgaben.

Nachdem der Referent Abg. Prinz Arenberg über die Kommissionsverhandlungen berichtet hatte, führt

Abg. Rüdert aus, daß es sich nicht um eine Sache des Vertrauens handelt. Man sei sich darüber, daß die Fonds für geheime Ausgaben vorhanden sein müßten. Es handelt sich nur um die Höhe der Fonds. Öffentlich giebt der Reichskanzler heute größere Gewißheit über die zukünftige Gehaltung des Welfenfonds und versichert hier, daß dem auswärtigen Amt aus demselben keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden, daß der Welfenfonds überhaupt vom 1. April nicht mehr zu politischen Zwecken verwendet wird. Fällt diese Auskunft befriedigend aus, dann trage ich kein Bedenken für diesen Fonds zu stimmen.

Reichskanzler Graf von Kaprivi: Ich erkläre gern, daß das Reich aus dem Welfenfonds vom 1. April ab nichts mehr bekommt; in Zukunft wird kein Biennig weiter an das auswärtige Amt gezahlt werden; ich erkläre drittens, was eigentlich überflüssig ist, da es schon in der Ferne steht, daß die Frage des Welfenfonds gesetzlich geregelt werden soll.

Abg. v. d. Decken (Weite): Aus dem Welfenfonds sind erhebliche Summen, wieviel können wir nicht feststellen, für Bedürfnisse des Reiches verwendet worden und zwar für Zwecke, die mit der Abwehr der Angriffe des Königs Georg nichts zu tun haben. Redner will auf den Welfenfonds näher eingehen.

Präsident von Levetzow: Ueber den Welfenfonds im allgemeinen kann hier nicht gesprochen werden.

Abg. v. d. Decken: Herr Rüdert hat den Reichskanzler über den Welfenfonds interpelliert und der Reichskanzler hat darauf geantwortet. Also gehört der Welfenfonds zur Sache.

Präsident von Levetzow: Was zur Sache gehört, entscheidet der Präsident, nicht Sie, Herr Abgeordneter! (Bravo! Rechts.)

Abg. von der Decken: Wenn Sie auch Bravo rufen, glauben Sie nicht, daß Sie dadurch einen Sieg erspähen haben. (Zustimmung links.) Das Reich hat jetzt noch Mittel aus dem Welfenfonds und es muß dafür gesorgt werden, daß es diese Geldmittel bald wieder los wird. Die preussische Regierung hat den Fonds konfisziert.

Präsident von Levetzow: Es handelt sich hier nicht um die preussische Regierung. Ich rufe den Herrn Abgeordneten zur Sache und mache ihn auf die Folgen aufmerksam, welche die Veräußerung daran faßt. (Beifall rechts; Widerspruch links.)

Abg. von der Decken: Die verbündeten Regierungen haben, wie ich annehmen will, garnichts davon gewußt, daß das Reich aus dem Welfenfonds subventioniert wird; das wäre gut im Interesse der verbündeten Regierungen, welche die Träger der Souveränität sind. Wenn sie davon gewußt haben, so würde das allerdings beschämend für das Reichsgelühl sein. Nach der Erklärung des Reichskanzlers können wir für die geforderte Summe stimmen, wir müssen aber die Bedingung daran knüpfen, daß das Reich die Summen, welche es aus dem Welfenfonds bezogen hat, dem rechtmäßigen Eigentümer zurückerstatte.

Abg. Rüdert: Die Erklärung des Reichskanzlers hat die Sachlage nicht geändert, er hat eine gleiche Erklärung schon bei der ersten Sitzung abgegeben, früher sogar noch mehr spezialisiert. Wir sind jetzt nicht die ausschlaggebende Partei in dieser Frage und wissen nicht, ob wir es später sein werden. Wenn die Bewilligung heute ausgesprochen wird, wird die Streichung sehr schwer sein. Die früheren Vorgänge sind mir eine Warnung. Die Bewilligung ist für mich kein Vertrauensvotum, ebenso wenig wie die Ablehnung ein Mißtrauensvotum. Deshalb werde ich gegen die Bewilligung stimmen.

Abg. von Bennigsen: Wenn man das Bedürfnis bejaht, dann wird man die Summe bewilligen müssen, oder es müßte ihre Bereinstellung aus anderen Fonds, wie bisher erfolgt.

Die Mehrforderung wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und eines Teils der Freisinnigen bewilligt.

Zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande sind 60 000 Mk. bewilligt.

Abg. Siegle bittet die Regierungen, die deutschen Schulen in Belgien besser als bisher zu unterstützen.

Staatssekretär von Marschall erklärt, daß die Schulen bereits eine Summe von 3250 Mk. Unterstützung erhalten.

Abg. Siegle: Niemand im Hause würde Widerspruch dagegen erheben, wenn dieser Fonds erhöht würde. Der Fonds wird bewilligt, ebenso die übrigen laufenden Ausgaben.

Bei der einmaligen Ausgabe für die zoologische Station des Prof. Dohrn in Neapel regt

Abg. Sammacker an, auch die zoologische Station in Rovigno, welche neuerdings begründet sei, zu unterstützen.

Abg. Birchow schlägt sich dem an und macht darauf aufmerksam, daß diese Station viel leichter zu erreichen sei, als Neapel.

Die einmaligen Ausgaben werden darauf bewilligt, mit Ausnahme derjenigen, welche sich auf die Schutzgebiete beziehen.

188. Sitzung.

Einige Urlaubsgesuche, welche mit dringenden Geschäften motiviert sind, werden bewilligt. Der Präsident bemerkt, daß er für praktischer halten würde, wenn in Zukunft das Haus einige Tage die Sitzungen ganz aussetzte, damit in dieser Zeit die betreffenden Mitglieder ihre persönlichen Geschäfte erledigen können; die Präsenz des Hauses würde dann an den Sitzungstagen betriebliger sein.

Das Haus setzt darauf die Beratung des Etats des auswärtigen Amtes fort und verhandelt zunächst über die Forderung im Extra-Ordinarium von 2 500 000 Mk. für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika. Nach den Erläuterungen im Etat ist es, da die Zivilverwaltung erst mit dem 1. April 1891 hat begonnen werden können, bis jetzt unmöglich gewesen, einen Voranschlag für die Verwendung der Ausgaben im Einzelnen zu machen. Auf Einnahmen an Zöllen und Steuern wird bis zum Betrage von zwei Millionen gerechnet; die Summe der Ausgaben ist wie im Vorjahre auf zwei ein halb Millionen veranschlagt.

Referent Abg. Prinz von Arenberg teilt mit, daß in der Kommission ein Antrag auf Herabsetzung des Reichszuschusses auf eineinhalb Millionen gestellt, aber abgelehnt worden ist.

Abg. Bamberger (skr.): Bei der ersten Beratung des Etats ist das Wesentlichste über unsere Kolonialangelegenheiten schon gesagt worden. Wir, die wir immer Segner der Kolonialpolitik waren und immer mehr geworden sind, haben uns doch mit den Lasten abfinden müssen und haben uns darauf beschränkt, den erwähnten Abtritt zu beantragen. Wir vertreten die Ansicht, zu welcher die eigenen Auslassungen der Reichsregierung uns Veranlassung gegeben haben, daß man die Mehreinnahmen der Kolonialgebiete nicht zur Mehrausgabe verwenden soll.

Reichskanzler Graf v. Kaprivi: Berichtend habe ich zunächst zu bemerken, daß Herr v. Wisemann noch heute Beamter des Deutschen Reiches ist; er lebt nach seiner schweren Krankheit am oberen Nil seiner Wiederherstellung. Ich hoffe, er wird in der einen oder anderen Weise für die Kolonien wieder verwendbar werden. Emin Pascha hat trübselig Ostafrika verlassen, weil es ihm geschienen habe, als ob in den Kolonien Deutschlands etwas nicht gesund sei, meint der Abg. Bamberger: vielleicht ist auch der Schluß zulässig, daß bei Emin Pascha etwas nicht ganz gesund sei. (Heiterkeit rechts.) Herr von Soden ist Gegenstand heftiger Angriffe seitens des Herrn Eugen Wolf gewesen; dieser ist ausgewiesen worden, aber nicht durch Herrn von Soden, sondern durch mich. Ich habe dem Untergebenen die Verantwortung abgenommen und kann meinerseits die Verantwortung und das Odium, das etwa auf diese Maßnahmen fällt, leichter tragen. Rechtlich war ich zweifellos dazu befugt. Das Reichs-Juristat wie das Gutachten anerkannter Rechtslehrer steht mir dafür zur Seite. Ob es rätlich war, war eine zweite Frage. Ich habe mir die Sache reiflich überlegt und bin dann zu diesem Schritt gekommen. Unsere Kolonie ist noch zu jung; sie hat erst jüngst einen schweren Aufstand durchgemacht und ihre Rekonvaleszenz wurde durch das Auftreten des Herrn Wolf zerstört. Ostafrika lebt in einer Art von Diktatur. Diese Diktatur kann vollständig nur wirken, wenn sie nicht gestört wird; stabilisiert sich neben der Diktatur eine zweite, so werden unsere Beamten in Ostafrika in ihrer Pflichterfüllung und in ihrem Gehorsam gegen den Gouverneur geschwächt. Ich habe Herrn Wolf nicht nur ausgewiesen, sondern bin auch gewillt, die Ausweisung aufrecht zu erhalten. Der Einzelne, mag er auch hart getroffen werden, muß sich dem Ganzen unterordnen. Es ist meine Pflicht, das Wol der ganzen Kolonie im Auge zu behalten und danach zu handeln. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Arnim (Rp.): Zwei ein halb Millionen sind das mindeste, was wir geben sollten, denn aus dem Bericht ist für mich als Hauptmoment hervorgegangen, daß der Gouverneur mit außerordentlich geringen Mitteln die Verwaltung führen muß.

Abg. Graf Hoensohn (Z.): Wie kann man in so kurzer Zeit von den aufgewandten Mitteln schon finanzielle Erfolge erwarten? Dazu gehört Jahre lang angestrenzte Tätigkeit. Das Zentrum ist auch in Zukunft bereit, mit der Regierung die Wege einer gemäßigten Kolonialpolitik zu gehen.

Abg. Graf Mirbach (kons.): Die Ausweisung des Herrn Wolf ist nach dem, was wir heute vom Reichskanzler gehört haben, durchaus berechtigt gewesen. Die Bedeutung des Exports und Imports wird hier viel zu sehr überdrückt; beide können eine Bedeutung für den wirtschaftlichen Wert einer Kolonie haben, aber ausschlaggebend ist das nicht. Die zivilisatorische Mission des Deutschen Reichs und die Ausbreitung des Christentums sind die beiden Gesichtspunkte, die uns zu der Bewilligung der zwei ein halb Millionen gebieterisch auffordern. Wenn Sie die deutsche Nationalität im Aus- und Inlande erhalten wollen, so werden Sie eine starke Flotte haben müssen und diese bedarf der Stützpunkte in den Kolonien. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an den Erlaß des Kaisers Friedrich. (Beifall rechts.)

Abg. Rüdert (skr.): Diese Rede hätte der Graf Mirbach vielleicht mit Erfolg vor seinen Wählern gehalten; hier in der großen Arena des Reichstags macht er damit keinen Eindruck.

Reichskanzler Graf Kaprivi: Hat Herr Wolf aus Patriotismus gehandelt, so war das mißverständlicher Patriotismus. Hat er Empfehlungen erhalten und ist er auch anfangs von Herrn von Soden freundlich aufgenommen worden, so hätte ihm das um so mehr Verpflichtungen zur Reize aufzulegen müssen. Macht Herr Wolf vom Kaiserhof aus weitere Berichte, so werden sie jedenfalls nicht mehr mit dem Nimbus eines Verfassers umgeben sein, der von der Sonne Afrikas geträumt ist. Die Unempfindlichkeit gegen Kritik, die mir Herr Rüdert empfahl, werde ich mir auch keiner Reue gegenüber durchaus aneignen, insofern als ich gar keine Reue

empfinde, Herrn Wolf ausgewiesen zu haben. Ich habe meine Untergehenden und die deutliche Sache hier zu vertreten und das habe ich getan.

Abg. von Karborff weist die vom Abg. Rikert gegen die Ausführungen des Grafen Mirbach erhobenen Angriffe zurück.

Damit schließt die Diskussion. Die Forderung wird entgegen dem Antrage Bomberger gegen die Stimmen der linken Seite bewilligt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. März 1892.

Maisfeier. Wie nunmehr feststeht, wird am nächsten Sonntag, den 13. d. Mts., Mittags von 12 bis 2 Uhr, im „Livoli“ eine Volksversammlung tagen, in welcher über die Art und Weise der diesjährigen Maisfeier beraten werden soll. Das einleitende Referat wird Genosse Karl Thiel, Redakteur der „Volkswacht“, halten. Es bedarf wol kaum noch eines besonderen Hinweis auf die allgemein interessierende Wichtigkeit dieser Tagesordnung und so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sich zu der nächsten Sonntagversammlung die Vertreter sämtlicher hiesigen Gewerke zahlreich und pünktlich einfinden werden, dem guten Gekte entsprechend, welcher die Breslauer Arbeiterschaft besetzt.

Wie ich in meiner Familie die „Volkswacht“ einführte! Meine Frau war eine abgelegte Gegnerin der Arbeiterpresse, überhaupt jeder Zeitung, welche nicht mit Insuperatun gefegnet ist und nicht den bekannten Klatsch in spaltenlangen Artikeln zum Abdruck bringt. Auf die „Volkswacht“ schimpfte meine Frau, obwohl sie noch niemals eine Nummer unseres Blattes gelesen hatte; es war dieses Schimpfen eine Gewohnheit, worüber sie sich selbst keine Rechenschaft geben konnte. Ihre Lektüre war der „General-Anzeiger“, außerdem hatte sie sich einen Roman abonniert, wovon nun schon das 57. Heft erschienen ist, ohne daß abzusehen wäre, wenn der Schwindel zu Ende geht. Ich habe mir große Mühe gegeben, meiner Frau in Bezug auf Lektüre einen besseren Geschmack beizubringen; jedoch vergeblich. Den „General-Anzeiger“ mußte sie lesen „wegen der Inserate und Traueranzeigen“; obwohl wir weder ein Logis zu vergeben haben noch eines brauchen und auch nicht gern den Kirchhof besuchen. Vergebens suchte ich meiner Frau begreiflich zu machen, daß jeder Arbeiter die Verpflichtung hat, die Arbeiterpresse zu unterstützen, da nur diese die Interessen der Arbeiter vertritt, während die übrigen Zeitungen zu unseren Unterdrückern halten oder der Lage der Arbeiter gleichgiltig gegenüberstehen. Ich führte meiner Frau unsere eigenen Verhältnisse vor Augen, die, nebenbei gesagt, nichts weniger als zufriedenstellend sind. Sie stimmte mir im ersten Teile bei, aber ihre stereotype Antwort war: „Daran ändert die „Volkswacht“ auch nichts.“ Schließlich ließ sie sich doch einmal bewegen, den „General-Anzeiger“ abzubestellen und dafür die „Volkswacht“ zu abonnieren. Am Montag Abend, als unser Blatt erschien, überstog meine Gattin die acht Seiten flüchtig, und als sie ihre gewohnte geistige Kost nicht fand, legte sie mir das Blatt stillschweigend auf meinen Platz. Die folgenden Tage würdigte sie die „Volkswacht“ keines Blickes mehr und am darauffolgenden Montag war diese verschwunden, der „General-Anzeiger“ lag wieder auf dem Tisch, als ich nach Hause kam. Ich sagte kein Wort, kleidete mich, nachdem ich Abendbrot gegessen hatte, um und ging, gegen meine Gewohnheit, in's Wirtshaus. Als mich meine Frau fragte, was denn heute los sei, antwortete ich ihr, ich möchte die „Volkswacht“ lesen und ginge zu diesem Zweck in Gesellschaft. Im Wirtshaus traf ich Kollegen; nachdem ich die Zeitung gelesen hatte, spielten wir eine Lage heraus, ich hatte Pech und der erste Ausgang kostete mich 60 Pfennige. Ich ärgerte mich darüber, beschloß aber, die eingeschlagene Taktik konsequent fortzusetzen. Am zweiten Tage war trotz des Schmollens meiner Frau wiederum Ausgang, diesmal ging es mit 24 Pfennigen ab. Am Mittwoch ging's wieder in's Wirtshaus. Nun wurde meine Frau ruhig und fragte energisch, ob denn das so fortginge. Ich erklärte ihr ganz ruhig, daß ich jeden Tag ins Wirtshaus gehen werde, um mein Blatt zu lesen, und rechnete ihr zugleich vor, was sie mit der Abbestellung des Blattes gewonnen hat. Das wirkte: am Donnerstag, als ich zu Hause kam, lag die „Volkswacht“ bereits auf meinem gewohnten Platz und am folgenden Samstag wurde der „General-Anzeiger“ wiederum und zwar für immer abbestellt. Noch mehr, meine Frau fand nach und nach Gefallen an unserem Blatte und gehört heute, nach vier Wochen, zu den eifrigsten Lesefrühen unseres Organs. Ein derartiges Vorgehen dürfte allen Arbeitern zu empfehlen sein, deren Frauen sich mit unserem Blatte nicht befreundeten wollen.

Schlechte Menschen verbreiten in der Welt allerlei Gerüchte über andere Familien, hungrige Reporter

schlappen dann die „Neuigkeit“ auf und berichten sie „ihrem“ Blatte. Ist der „Fall“ ein „pikanter“, so geht man mitunter auch gern zu einem auswärtigen Blatte, wahrscheinlich, weil dort die Möglichkeit einer Entdeckung erst später vorliegt. Gegen eine derartige Weiterverbreitung von Gerüchten giebt es natürlich nur ein Mittel: den Schutz der Gesetze. Wie wir aus der neuesten Nummer der „Breslauer Zeitung“ ersehen, mußte auch ein hiesiger Bürger in einer nichtgenannten Angelegenheit zu diesem Mittel greifen. Wir finden nämlich folgende Anzeige dort, zu deren Weiterverbreitung wir gerne beitragen:

Bei der Königl. Staatsanwaltschaft zu Berlin habe ich gegen die Redaktion des „Kleinen Journals“ wegen des über mich und meine Frau gebrachten, durchweg unwahren, verleumderischen Artikels durch meinen Anwalt sofortigen Strafantrag gestellt. — Ich warne vor Weiterverbreitung des ebenso schamlosen als lügenhaften Gerüchts.

S. Sittner.

Militärisches. Die Musterung der Militärpflichtigen erfolgt in diesem Jahre im Bereich des VI. Armeekorps bei den Bezirks-Kommandos: Striegau vom 20. April bis 16. Mai, Wohlau vom 4. bis 27. April, 11. Breslau vom 2. April bis 4. Mai, Dels vom 28ten März bis 28. April, 1. Breslau vom 21. März bis 16. Mai, Glas vom 22. März bis 13. April und vom 19. bis 27. April, Schweidnitz vom 22. März bis 12. April, Münsterberg vom 21. März bis 14. April, Brieg vom 20. März bis 13. April, Rybnik vom 2. März bis 9. April, Ratibor vom 3. März bis 13. April, Gleiwitz vom 26. Februar bis 21. April, Kosel vom 18. März bis 13. April, Reife vom 7. bis 22. März, Bentzen D.-S. vom 26. Februar bis 22ten April, Kreuzburg D.-S. vom 14. März bis 8. April und Oppeln vom 7.—30. März.

Alarmirungen der Feuerwehr. Sonnabend Abend wurde die Feuerwehr um 10 Uhr 27 Min. telefonisch nach dem Grundstück Messergasse Nr. 32 gerufen. Sie trat aber nicht erst in Tätigkeit; es hatten sich durch Funken, welche aus einem undichten Ofenrohr gefallen waren, in einer Küche des 1. Stockwerks 3 Hanfriemen und eine Leinwanddecke entzündet, deren Ablöschung mit Leichtigkeit durch die Bewohner erfolgt war. — Sonntag Vormittag brannten in einer im 2. Stock des Vorderhauses Herrmannstraße Nr. 26 befindlichen Wohnstube einige alte Lappen, welche sich am Ofen entzündet hatten. Dies veranlaßte um 8 Uhr 26 Minuten die Alarmirung der Feuerwehr, welche natürlich nach ihrem Eintreffen sofort wieder abrückten konnte.

Taschendiebstahl. Der Frau eines Zigarrenhändlers von der Neuen Gasse wurde am 5. d. M., Vormittags, als sie auf dem Neumarkt Einkäufe besorgte, ein Portemonnaie mit 5 Mk. entwendet.

Vom städtischen Armenhause und Claassen'schen Siechenhause. Im Armenhause waren Anfang Februar cr. 201 Männer, 135 Weiber, 30 Knaben und 22 Mädchen als Inquilinen. Der Zugang im Laufe des Monats Februar betrug: 13 Männer, 18 Weiber, 20 Knaben und 28 Mädchen; der Abgang dagegen 10 Männer, 15 Weiber, 18 Knaben und 19 Mädchen, so daß Ende des Monats Februar in Verpflegung verblieben: 204 Männer, 138 Weiber, 32 Knaben und 31 Mädchen, zusammen 404 Inquilinen. In der Armenhaus-(Kranken-)Abteilung, Basteigasse 7, befanden sich Anfang Februar: 59 Männer, 84 Weiber und 1 Knabe; im Laufe des Monats sind hinzugekommen: 4 Männer und 5 Weiber, dagegen gingen ab: zwei Männer und 6 Weiber, so daß Ende des Monats 61 Männer, 83 Weiber und 1 Knabe in Verpflegung verblieben. — In der Armenhaus-Abteilung des Claassen'schen Siechenhauses befanden sich ultimo Februar: 30 Männer und 36 Weiber, zusammen 66 Personen.

Selbstmord. Am 5. d. M., Vormittags, wurde der Arbeitsbursche Otto G. in der Wohnung seiner Eltern auf der Bischoffstraße an der Klinke erhängt aufgefunden. — Der 36 Jahre alte Fleischergehilfe Carl P. schoß sich am 5. d. M., Abends, in seiner Wohnung auf der Mehlgasse mit einem Revolver in den Kopf. Hausbewohner fanden den P. als Leiche vor. In der rechten Hand hielt er noch den Revolver.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 5. und 6. d. M. 131 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde: Einem Buchhalter auf der Schmiedebriide ein paar Samasjen. — Abhanden kamen: Einem Fräulein am Matthiasplatz ein Portemonnaie mit 65 Mk. Inhalt; einer Wöttcherfrau auf der Basteigasse ein schwarzer Pelztragen und eine Bernsteinstrolsche. — Gefunden wurden: ein Armhand und ein Portemonnaie.

Breslauer Marktpreise vom 7. März per 100 Kilo.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer . . .	22,20	21,90	21,10	20,80	19,20	18,20
Weizen, gelber . . .	22,10	21,80	21,10	20,80	19,20	18,20
Roggen	22,00	21,60	20,90	20,60	19,60	19,40
Gerste	17,90	17,20	16,20	15,70	14,70	14,40
Hafers	14,80	14,20	14,00	13,50	13,—	12,50
Erbsen	21,—	20,30	19,50	19,—	18,—	17,50

Seu (neues) 2,40—2,80 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 27,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Schlesien.

Jauer, 8. März. Eine unangenehme Ueberraschung wurde am Sonnabend, den 6. d. M., dem hiesigen „freisinnigen“ Verein bereitet, der im Gasthaus „zur Stadt Rostenhan“ eine Versammlung abhielt, in welcher von dem Redakteur Herrn Harschkamp aus Liegnitz die bekannten „freisinnigen“ Tiraden gegen den „neuen“ Kurs und den Volksschulgesetz-Entwurf losgelassen wurden. Herr Harschkamp entlebte sich seiner kühnen Aufgabe so gut er es vermochte — er wusch den Pelz der Regierung ohne ihn nahzumachen in etwa dreiviertelstündiger Rede, an deren Anfang er natürlich in echt „freisinniger“ Manier für die Berliner Straßentravalle die bösen Sozialdemokraten als „intellektuelle“ Urheber verantwortlich machte. Zum Schluß brachte er dann eine Resolution zur Verlesung, welche er zur Annahme empfahl. Bevor es nun zur Abstimmung kam, meldete sich zum starren Entsetzen des Vorstandes ein Unbekannter zum Wort. Es war dies Genosse Karl Thiel aus Breslau, welcher in fünfviertelstündiger Ausführung vor allen Dingen die „intellektuelle“ Urheberchaft der Straßentravalle den herrschenden Klassen zuwies und unter dem wiederholten allgemeinen Beifall der Versammlung das Volksschulgesetz, sowie die Schul- und Lehrverhältnisse im allgemeinen einer scharfen, aber gerechten Kritik unterwarf. Eine Menge statistischen Materials machte seine Behauptungen unwiderleglich. Dann kam er auf die „traditionelle“ Moral der „guten“ Gesellschaft zu sprechen und konstatierte, daß dieselbe auch gegenwärtig noch ebenso in Blüte steht, als dies im Mittelalter der Fall gewesen ist. Man sehe das klar und deutlich an dem Pastor Harber, der sich als Knabenschänder entpuppte, an Pastor Müller aus Oibenburg, welcher mit Fug und Recht dem Untersuchungsrichter erklären durfte, von ihm könne noch jeder Hochstapler lernen, und an all den anderen zahllosen „Gesellschaftstüchern“ auch in unserer Provinz, die da in letzter Zeit als Spitzbuben ersten Ranges dem Arme der Justiz überliefert wurden oder sich durch Flucht oder Selbstmord der Strafe entzogen haben. Die jämmerliche Haltung des „Freisinn“ und der Liberalen werde mit beßerem Sarkasmus und schneidender Ironie als moderner Rüttelschwarz gezeigelt. Während die freien Schweizer auf dem Rüttli aller Tyrannen den Untergang schworen, wollen die modernen „Rüttlimänner“ als zivilisierte Leute von den Forderungen der Machthaber nur Kleinigkeiten abhandeln und sind in den Endzielen mit diesen durchaus einverstanden. Nur die Sozialdemokraten sind konsequent, indem sie keinen Götterhut und kein Zwangs-Juri dulden wollen! Es ist dies die einzige Partei, welche stets und überall unerschrocken für die Interessen des arbeitenden Volkes und des freien Menschentums eintritt! Wir nur wollen wahrhaft freie Menschen im freien Lande zum Heile der Bevölkerung und zur Ehre des neunzehnten Jahrhunderts! Wer das Volksschulgesetz als ein Klassengesetz erkennen gelernt habe, der könne das am besten beweisen, indem er die verlesene Resolution als eine fast- und kraftlose Spittelbrühe ablehnt und die Resolution annimmt, welche einzig und allein in dieser Frage klassenbewußten Arbeitern ziemt! Redner verlas dann die bekannte Resolution gegen das Volksschulgesetz mit dem Beßelchen Zusatz und erlaubte nach kurzer Erläuterung derselben nochmals, nicht für die sogenannte „freisinnige“ Resolution zu stimmen. Lebhaftester Beifall der Versammlung bewies, daß die Worte des Redners ein Echo unter den Anwesenden fanden. Redakteur Harschkamp mußte sich demgegenüber darauf beschränken, zu erklären, daß er die Ausführungen Thiels nur anerkennen könne, was natürlich die unbändige Heiterkeit der Versammlung erregte. Er suchte diesen ungewollten Eindruck seiner verolüfenden Erklärung denn auch sofort durch die Einschränkung abzuschwächen, daß er das Gesagte nur auf die tatsächlichen Angaben des Vorredners beziehe, mit dessen polemischen Ausführungen aber nicht einverstanden sein könne und empfinde, die „freisinnige“ Resolution als durchaus ausreichend einstimmig anzunehmen. Noch erzählte ein anderer Redner viel von der alten, guten Zeit und seinen Militärjahren, wurde aber bald müde, in die unruhig werdende Versammlung weiter hineinzuplaudern. Genosse Thiel erklärte dann, daß der „Freisinn“ ja bekanntlich stets nach der „friderizianischen“ Schule schreie, daß diese sich aber am besten durch Erwähnung der Tatsache charakterisieren lasse, daß sie wöchentlich nicht weniger als 36 Stunden für Religionsunterricht aufgewandt habe. Für dieses „Ideal“ danke er, die Sozialdemokratie verlange im Interesse der Menschwürde die freie Schule in des Wortes edelster Bedeutung! Wer aus „gewissen“ Gründen für die von ihm eingebrachte Resolution nicht stimmen könne (es waren viele Fabrikbesitzer und sonstige „Arbeitgeber“ anwesend), der solle wenigstens nicht für die „freisinnige“ stimmen. — Die Abstimmung ergab das überraschende Resultat, daß von etwa 230 Anwesenden für die „freisinnige“ Resolution nur gegen siebenzig Personen stimmten, alle Andern enthielten sich entweder der Abstimmung oder stimmten sogar für die sozialdemokratische Resolution. Nachdem dann noch Genosse Sternberg die Haltung des Freisinn im Reichstage gelegentlich der Abstimmung über das Sozialistengesetz charakteristisch im Eifer der Rede aber erklärte, dieselben hätten für das Ausnahmegesetz gestimmt, damit jedoch nur das Sichdrücken der meisten „freisinnigen“ Abgeordneten bei den Abstimmungen meinte, wurde ihm vom Vorredner das Wort entzogen und die Versammlung geschlossen. — Auf wessen Seite nun bei dieser Gelegenheit der Sieg gewesen ist, dürfte wol keinem Menschen im Zweifel sein. Nichtsdestoweniger sucht erklärlicherweise das Organ des Herrn Harschkamp, das „Liegnitzer Tageblatt“, den wahren Tatbestand nach besten Kräften seinen Lesern in einem dem

Reisinn kürzigen Stöße ausgefallen, indem es
 „Im Saale des Gasthauses „zur Stadt Vollenheim“ fand gestern Abend eine vom hiesigen freisinnigen Verein einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Redakteur Harschkamp aus Liegnitz einen Vortrag hielt über die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung des Volksschulgesetzes. Der Redner beleuchtete die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Reich und in Preußen seit dem Rücktritt des kaiserlichen Reichskanzlers, kennzeichnete die Schwankungen des „neuen Kurses“ und unterwarf die hervorstechendsten Bestimmungen des neuen Volksschulgesetzes, den er als einen durchaus realistischen bezeichnete, einer eingehenden Kritik. Der mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Vortrag schloß mit der Empfehlung einer kurzen, kräftigen Resolution gegen das Volksschulgesetz. Nachdem der Vorsitzende, Herr Stadtverordneter Kurzig, dem Redner den Dank ausgesprochen hatte, nahm das Wort der vermußtlich von seinem hiesigen Parteigenossen herbeigeführte Redakteur der sozialdemokratischen „Volkswacht“, Herr Thiel aus Breslau. Derselbe unterwarf die bestehenden Verhältnisse der Volksschule und ihrer Lehrer, sowie die Schulaufsicht in ihrer gegenwärtigen Handhabung, einer sehr scharfen, aber meist gerechtfertigten Kritik, der auch die anwesenden Angehörigen der freisinnigen Partei zustimmen konnten, ging dann aber unter Hinweisung vom eigentlichen Thema zu einer reinen sozialdemokratischen Agitationsrede über, deren Wirkungslinie auf die große Mehrzahl der Anwesenden durch das Beifallsgeheul der Sozialdemokraten nicht verfehlt werden konnte. Gegen die von Herrn Thiel vorgeschlagene sozialdemokratische Resolution wandten sich jedoch noch die Herren Lachner Krause und Redakteur Harschkamp, und bei der darauf folgenden Abstimmung wurde die von letzterem eingebrachte Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Ein sozialdemokratischer Former Sternberg erhob noch gegen die freisinnige Partei den Vorwurf, für das Sozialistengesetz gestimmt zu haben, doch wurde ihm nach dieser wieder Unwahrheit auf Befehl der Versammlung folgende das Wort entzogen. Die Versammlung wurde um 10 1/2 Uhr geschlossen.“

Natürlich kann uns diese Darstellung nur ein ironisches Lächeln ablocken — noch ein solcher „Sieg“, und der „Freisinn“ ist in seiner Heerde geschlagen, die bekanntlich der letzten Reichstagswahl erst etwa 80 sozialdemokratische Wähler hatte, von welchen die meisten seitdem in echt freisinniger Weise „hinausgegrault“ wurden. Die Genossen in Jauer aber freuen sich ihrer angeblichen „Miederlage“ umso mehr, als nun die Bewegung dortselbst wol in ein rasches Tempo geleitet worden ist.

Neustadt S. Am 5. d. M., Nachmittags 5 Uhr, fand hier im Hause 262b, Wiesenstraße, eine Versammlung von Arbeitslosen jeden Berufs statt, wozu auch arbeitslose Frauen eingeladen waren, und welche zahlreich besetzt war. Der überwiegende Polizeikommissarius drohte mit Auflösung, wenn die Frauen nicht entfernt würden. Trotzdem ihm vom Vorsitzenden Maxter Schöbel das Ungeheuliche dieses Verlangens nachgewiesen wurde, bestand derselbe dennoch darauf, und um die Kosten nicht umsonst hinausgeworfen zu haben, ersuchte der Vorsitzende die Frauen hinauszuweisen, was auch geschah, nachdem der Vorsitzende der Versammlung die Versicherung abgegeben hatte, daß gegen den Beamten Beschwerden erhoben werden wird. Man ging sodann zur Tagesordnung über, welche lautete: 1. Welches ist der Ursprung und die Ursache der Arbeitslosigkeit und wie ist dem einigermaßen abzuwehren? 2. Verschiedenes. Zum ersten Punkt nahm Genosse Franz Thiel das Wort und legte der Versammlung recht klar ans Herz, daß bei der heutigen Produktionsweise ein Gedeihen des Arbeiterstandes nicht möglich ist. Derselbe erzählte nur einzelne Millionäre und Hunderttausende elende arme Proletarier. Man sagt immer über Ueberproduktion, aber einem Jeden von uns fehlen gewiß Kost, Holz, Weife, Möbel, Stühle u. s. w.; wäre nun der Arbeiter, wenn er höhere Löhne erhielt, konsumfähiger, so wären mit einem Schlag alle Warenhäuser und Magazine geleert, aber bei diesen Hungerlöhnen kann der Arbeiter nichts kaufen und somit müssen nicht nur die Arbeiter, sondern auch die kleineren Geschäftsläden leiden und sinken diese daher zum Proletariat herab und helfen die Schar der Arbeitslosen noch vermehren. Es gibt nur ein Mittel, um dieses Uebel ganz zu beseitigen, und das ist der Weg, welchen uns die Sozialdemokratie zeigt, daß die Produktionsweise eine andere wird, daß sie für alle Menschen geschaffen wird und sich nicht, wie jetzt, nur wenige im Golde wälzen und sich im Arbeiterdreck wälzen. Der Vorsitzende schloß sich dem Redner vollkommen an und hob hervor, daß von der heutigen Gesellschaft nichts zu erwarten ist, und unterzog die Handlungsmethode anderer Sozialisten einer scharfen Kritik. Er sagte, gerade diese Art der Arbeitslosigkeit zu steuern, dessen sie aber diese noch verdrängen; indem sie selbst, anstatt freie Arbeiter zu beschäftigen, Gefangene nehmen, wie es diesen Winter der Brauereibesitzer Dietrich und der Mühlenbesitzer Ulrich getan haben. Der letzte hauptsächlich habe mit den Brauereibesitzern ein Abkommen getroffen, das ganze Eis zu liefern und beschlagnahmte menschenähnliche Gefangene und so waren hunderte Arbeiter um den Verdienst gekommen, welcher ihnen hätte werden können. Ja selbst der Armenvater Stadtrat Krause beschäftigt nur Gefangene, wenn er einmal Arbeiter braucht, und dieser Mann muß es doch wissen, welches Elend in Neustadt unter dem Arbeiterhande herrscht. Bei Punkt Verschiedenes trat die Rede ein, daß drei Gendarmen vor dem Lokal weilten. Der Vorsitzende sprach darüber keine Freude aus. Man könne sehr sein, wenn man von Oben herab so in Achtung steht, daß man so zahlreich beschäftigt wird, und ermahnt er die Versammlung, recht ruhig zu bleiben und nicht Anlaß zu einem Kravall zu geben, denn dieses gerade scheint man voraussetzen zu wollen und das könnte uns nur schaden. — Es waren zwei Resolutionen eingelesen. Die erste lautete:

„In Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise und der großen Arbeitslosigkeit ersucht die im Hause 262b Wiesenstraße tagende Versammlung die hiesige Stadtverwaltung durch baldige Inangriffnahme von Bau- und Erdarbeitung der Not und der Arbeitslosigkeit etwas abzuwehren und auch die Proletarier zu bewegen zu suchen, anstatt Gefangene nur freie Arbeiter zu beschäftigen.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und beschloß, dieselbe an den Magistrat abzugeben.

Die zweite Resolution lautete:
 „Die heutige im Hause 262b Wiesenstraße tagende Versammlung der Arbeitslosen, ersucht die Firma S. Frankel, nur die armen Arbeiter zu berücksichtigen, anstatt den hohen Gerichtsbeamten- und Ritttergutsbesitzerfrauen Arbeit zu geben und dazu beitragen zu helfen, daß die Not unter der Arbeiterschaft Neustadts etwas gelindert wird.“

Auch diese Resolution fand allgemeinen Anklang und wird auch an ihre Adressierten gelangen. Nachdem noch eine Anzahl lokale Angelegenheiten besprochen und kritisiert wurden, schloß der Vorsitzende um 7 Uhr die Versammlung.

Schönau. Bezüglich des Klein-Helmendorfer Nordes stellt man mit, daß auch die wegen Verdachts der Mittertschast verhaftete Tochter der Ermordeten wieder auf freien Fuß gesetzt werden sollte. Bekanntlich ist der gleichfalls verdächtig gewesene Buchhändler Wittwer aus Klein-Helmendorf bereits vor mehreren Wochen aus der Haft entlassen worden.

Grünberg, 6. März. Wieder Einmal! Der Gasthofbesitzer Ernst Heine hier selbst, welcher sich seit Montag verborgen hielt, wurde vom hiesigen Amtsgericht wegen wissentlichen Meineides in drei Fällen strafbar erklärt. Gestern stellte sich Heine selbst der Polizei mit der Angabe, daß er nur geschäftlich verzeiht und nicht aus Furcht vor Strafe geflüchtet sei. Er wurde aber sofort verhaftet und nach dem Gerichtgefängnis abgeführt. Im Hofe desselben schloß er sich in einem unbewachten Augenblicke eine Kugel in den Kopf, worauf er tödlich getroffen zu Boden fiel.

Sagan. Ein widerlicher Zwischenfall ereignete sich bei der Beerdigung eines verstorbenen Ziegelarbiters in einem Sagan benachbarten Dorfe im Sorauer Kreise. Als der auf einer zahlreichen Menschenmenge bestehende Leichenkondukt auf dem Friedhofe angelangt war, bemerkte der Bruder des Verstorbenen, daß das frisch ausgehobene Grab wieder eingestürzt war. Der Sarg mußte wieder auf die Bahre zurückgetragen und der Totengräber veranlaßt werden, das Grab von Neuem zu öffnen. Hiergegen protestierte in der anwesende Gemeinliche, welcher verlangte, daß der Gemeindevorsteher geholt werde, der den infolge Krankheit unfähigen Totengräber entfernen und sofort für einen Stellvertreter derselben sorgen sollte. Dies geschah auch, der seines Amtes Entsetzte hatte aber das Grab dennoch wieder inswischen so weit hergestrichelt, daß die Beisetzung stattfinden konnte. Der Bruder weigerte sich aber, von der Schippe des barumtenen Totengräbers die Erde entgegenzunehmen, die dem Sarge in das Grab nachgeworfen wird, und sprach das „Vernemo“ erst dann, als der Totengräber aus dem Friedhofe entfernt und der vom Gemeindevorsteher herbeigekommene Vertreter an seine Stelle getreten war.

Schönau, 4. März. Selbstmord eines Gemeindevorstehers. In Schönau machte, wie man berichtet, der dortige Gutbesitzer und Gemeindevorsteher Friedrich Speer seinem Leben durch Erhängen gewaltiam ein Ende. Was den Behauptungen zu diesem Schritte veranlaßt hat, konnte mit Bestimmtheit noch nicht ermittelt werden. Die Jagdflinte, mit welcher sich Speer den tödlichen Schlag ins Herz beigebracht hat, war von demselben an dem Fensterriegel in der Schlafkammer befestigt und der Hahn vor ihm vermittelst einer Schnur abgedrückt worden. Vor Ausführung der Tat hatte Speer noch einmal sämtliche Stühle seiner Schlafkammer befestigt und von seinen Kindern zärtlich Abschied genommen.

Sagan, 4. März. Was alles vom Arzte verlangt wird. Jüngst erschien in der Wohnung eines hiesiger Arztes eine schon betagte Frau mit der Bitte, „der Herr Doktor möge ihr doch die Invaliditätsrente besorgen“. Der ob dieses Verlangens etwas erschauerte Arzt antwortete dem Mütterchen, daß es ja noch geund sei, daher auch auf eine solche Rente werde verzichtet müssen; es möge sich jedoch zum Amtsvorsteher des betreffenden Bezirks begeben, um durch dessen Vermittelung event. die Altersrente zu erlangen. „Ja“, entgegnete nun die Wittwefrau gebet, „die Altersrente hab ich bereits; aber da mit den 100 Mark 50 Wk. nicht auskommen ist, möchte ich doch gern auch die Invaliditätsrente besitzen.“

Oppeln. Arbeits-Einstellung! In der Friedländerischen Bierbrauerei haben sämtliche Völkchen ihr Arbeitsverhältnis gekündigt, denn es wurde denselben zugemutet, zwei Stunden täglich länger zu arbeiten, ohne den üblichen Tagelohn zu erhöhen! Zuzug ist fernzuhalten! Arbeiterfreundliche Blätter werden um weitere Verbreitung gebeten.

Oppeln, 2. März. „Nach berühmten Mustern.“ Es war einmal ein Speditionsherr hier selbst, ein gar sehr „griffener“ Herr. Derselbe hatte das Geschäft „überdrüssig“, oder nicht mehr nötig, wie er sagte und verkaufte es vor einigen wenigen Jahren an einen intelligenten jungen Anfänger. Dieser, nicht weniger „helle“, bedang sich beim Abschluß des Kaufvertrages in einem gesonderten Paragraphen eine vom Verkäufer, nennen wir denselben z. B. Seidel, zu zahlende Konventionalstrafe von 10 000 Mk. aus, falls derselbe jemals wieder in Oppeln oder im umkreise von 5 Meilen ein Speditionsgeschäft offen oder versteckt betreiben sollte. Unter dieser, von beiden Teilen rechtsverbindlich eingegangenen Bedingung wurde der Kauf im Jahre 1889 perfekt. Der neue Besitzer hatte zwar für das Geschäft einen ziemlich hohen Preis bezahlt, aber er war jung, fleißig und rührig, und so gelang es ihm bald, sich Rundschaft und allgemeines Vertrauen zu erwerben. Nach kurzer Zeit bemerkte der junge Speditioneur, sagen wir, derselbe heißt Hubrich, daß sein Vorgänger dem Abkommen zuwider nach wie vor sich mit Speditionsgeschäften beschäftige. Die Güter zur Abfuhr wußte Seidel dadurch

zu erhalten, daß er die f. B. seinem Nachfolger erteilte bahnamtliche Vollmacht heimlich zurückzog und die ankommenden Waren durch andere Speditoren verladen ließ. Als Herr Hubrich sich von diesen „Schiebungen“ Gewißheit verschafft hatte, klagte er gegen Seidel die vereinbarte Konventionalstrafe von 10 000 Mark ein. Das hiesige Landgericht verurteilte auch Herrn Seidel, da der Beweis von dessen Verschulden überzeugend dargebracht war, nach dem Klageantrage, d. h. zur Zahlung von 10 000 Mark nebst Kosten und Zinsen an Herrn Hubrich. Herr Seidel war aber, ebenso wie andere sehr kluge Leute, der Meinung, daß das ganze Abkommen mit Herrn Hubrich gegen die Gewerbefreiheit verstoße und daher rechtsungültig sei. Er legte deshalb gegen das Urteil des hiesigen Landgerichts Berufung beim Oberlandesgericht in Breslau ein, das am Dienstag in dieser Sache verhandelte. Das Urteil war, wie voranzusehen, dasselbe wie in Oppeln: Seidel wurde wiederum zur Zahlung der Konventionalstrafe nebst Zinsen und Kosten verurteilt. Der Unterschied gegen früher ist nur der, daß jetzt die Kosten noch um mehrere Hundert Mark höher geworden sind; gleichzeitig wurde Herrn Seidel kund und zu wissen getan, daß nach erlangter Rechtskraft dieses Urteils Herrn Hubrich das Recht zusteht, ihn, falls er gleichwol das Speditionsgeschäft noch weiter betreibt, wegen jeden einzelnen Falles des Zuwiderhandelns gerichtlich zu belangen. Herrn Hubrich kommt natürlich die unfreiwillige Morgengabe seines Vorgängers sehr gelegen.

Rybnik. Teurer Rehbraten. Der Gutsbesitzer Johann J., zu Ober-Sch., Kreis Rybnik, hatte am 13. Juni v. J. auf seinem Jagdterrain bei Sch. einen Rehbock geschossen. Der Rehbock war zunächst auf einem Kleeelde gekürzt, sofort jedoch wieder hochgegangen und in den angrenzenden königlichen Forst gestücht. Hierhin hatte J. dem Boock einen weiteren Schuß nachgeschickt, welcher dem Wilde 3 Läufe unbrauchbar machte, so daß dasselbe nunmehr liegen bleiben mußte. Anstatt den Rehbock, welcher jetzt auf fremdem Jagdgebiete lag, an Ort und Stelle zu belassen, hatte J. einen seiner Arbeiter herbeigeholt und den Rehbock auf sein Jagdterrain befördern lassen. Dann wurde das Wild in die Behausung des J. getragen. Der ganze Vorfall wäre nicht an's Tageslicht gekommen, wenn nicht die Bergarbeiterfrau Pauline P., welche in der Nähe Ruhe hütete, den Rehbock gerade in der Zeit, wo J. seinen Arbeiter holte, im königlichen Walde gefunden hätte. Die Frau hatte dem Tiere, welches vergeblich Anstrengungen machte, sich zu erheben, die Vorder- und Hinterläufe mit einer Reißgenschur und einem Strumpfbänder zusammengebunden. Die P. wollte hierauf von ihrem Hunde dem Förster Mitteilung machen, sie traf denselben jedoch nicht an. Als sie nunmehr in den Wald zurückkehrte, war der Rehbock bereits verschwunden. Erst nach einigen Tagen konnte die Frau den Vorfall zur Anzeige bringen, worauf die sofortige Untersuchung eingeleitet wurde. Die Folge war, daß J. zu 50 Mk. verurteilt wurde. Gegen dieses Erkenntnis legte J. die Berufung ein. Die Strafkammer erhöhte heut' aber die Strafe auf 100 Mk. Gleichzeitig wurde die Konvention des Jagdgewehres des J. ausgesprochen.

Legau, 6. März. „Sehr zeitgemäß“ sind die Gerüchte, welche in den verschiedensten Formen unter unserer Bevölkerung kreifen. Sie basieren auf der „Aussagen erregenden Verhaftung eines jungen Kaufmanns. Dieser eines größeren Establishments“, wegen Fluchtverdachts und Beeinflussung. Dieser junge Herr ist verheiratet und gehört den begütertesten und angesehensten Kreisen der Stadt an; es schwebt gegen ihn eine Unternehmung wegen Sittlichkeitsverbrechens. — Ja, die zunehmende Verrohung des „Volkes“! Jetzt ist der Betreffende gegen hohe Kaution (angeblich 50,000 Mark) freigelassen worden. — In dem Gasthof zu den „drei Bergen“ fand am Sonntag wieder ein Gesellschaftsabend des hiesigen Gewerkschaftsklubs statt, der den sehr zahlreich anwesenden Genossen wiederum mehrere Stunden der frohlichen Unterhaltung bot. Der nächste folgende Abend findet wahrscheinlich über vierzehn Tage, den 20. d. Mts., statt.

Wiesbaden. Der Fleischermeister August Keil hier selbst beschäftigt, wie das „Kreisblatt“ meldet, am dem Grundstück 64 ein Schlachthaus zu erbauen. Einwendungen gegen dieses Vorhaben sind binnen 14 Tagen bei dem Amtsvorsteher anzubringen.

Beuthen. Ein „anständiger“ Mann vor der Strafkammer. Der frühere Mühlenbesitzer Alexander Schigulla aus Zworog, der gegenwärtig eine Jagdhausstraße von 2 Jahren in Brag verbringt, in der Urkundenfälschung und des Betruges beschuldigt. In der Privatklagesache des Gutsbesitzer Freund gegen Schigulla wegen 58 Mark Warenschuld hatte Schigulla einen Schutzschein ausgestellt. Da gegenwärtig keine Unter-

Schrift ablegnete, waren die Akten nach Berlin zur Unterjuchung der Tinten gesandt worden, sind aber dort infolge eines Stubenbrandes verbrannt. Gastwirt Freund hatte 1886 dem Angeklagten eine Generalquittung ausgestellt, daß er ihm nichts schulde, die letzte 6 ist später in eine 8 umgewandelt worden, wie durch chemische und photographische Untersuchungen festgestellt worden ist und zwar zu dem Zwecke, um obige Summe von 56 Mk. in die Generalquittung mit einzubringen. Der Gerichtshof erkannte zu dem am 12. April wegen Meineids erkannten Strafe von zwei Jahren auf eine Zuchthausstrafe von neun Monaten Zuchthaus.

Posen.

Bromberg. Einer interessanten Episode aus den letzten Wahlkämpfen begegnen wir in dem Berichte der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten v. Colmar im 1. Wahlkreise des Regierungsbezirks Bromberg. Dort standen sich bei der Wahl der konservative Kandidat, welcher schließlich das Feld behauptete und der deutschfreisinnige Rechtsanwalt Glatau aus Berlin gegenüber. Die Wahl des Herrn v. Colmar wurde zunächst vom Reichstag wegen grober amtlicher und anderer Beeinflussungen beanstandet und Erhebungen beschlossen. Diese haben mittlerweile stattgefunden und in der Hauptsache auch die Richtigkeit der Protestangaben bestätigt; die Kommission hat aber trotzdem den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt, dagegen aber noch weitere Erhebungen beschlossen. Bis diese eingehen, vergeht ein weiteres Jahr und so wird Herr v. Colmar wol Gelegenheit haben, ein Mandat bis zum Ende der Legislaturperiode auszuüben, das von der ersten Stunde an für ungültig hätte erklärt werden müssen. Bei der Art, wie im Reichstag die Wahlen geprüft werden, wäre dieser Fall nicht der erste, und er ist gewiß auch nicht der letzte. Zur Charakterisierung der Vorgänge in diesem Wahlkreise und um ein kleines Streiflicht darauf zu werfen, wie bei uns konservative Wahlen gemacht werden und welche Kräfte vor und nach denselben in Aktion treten, möge der nachfolgende wortgetreue Auszug aus dem Bericht der Kommission dienen. Dort heißt es:

„Ueber vorgekommene Mißhandlungen und Verhaftungen, welche zu Verhören bei der Staatsanwaltschaft Veranlassung gegeben hatten — Punkt 11 der Erhebungen — hat der Reichstag die Akten der Staatsanwaltschaft und des Gerichts erbeten. Die Bescheidpunkte lauten:

Der Arbeiter Julius Dessoau aus Schneidemühl, der sich behufs Verteilung von Flugblättern nach dem Orte Schmiech bei Schneidemühl begab, wurde von dem Ortschulzen Bussie in Schmiech, der ihn bei der Verteilung von Flugblättern betraf, seines Borrates an Flugblättern beraubt, demnächst unter Zuhilfenahme von zwei anderen Personen niedergeworfen, mit dem Schulzenstock durchgeprügelt, alsdann mit Stricken gebunden und, nachdem sich der Schulze Bussie auf ein Pferd gesetzt, vor dem Pferde unter den größten Schimpfen nach dem Ortsgeschäft abgeführt. Während des Transports stieß der Ortschulze Bussie seine Nase des Inhabers aus: daß sein Pferd „den verfluchten Demokraten so treten möge.“ Nach einem einstündigen Aufenthalt im Gefängnis wurde Dessoau, die Arme auf dem Rücken gebunden, im offenen Wagen nach Schneidemühl geführt, woselbst in späterer Nacht von dem Disziplinar-Kommissar seine Freilassung verfügt wurde. Dessoau war infolge der größten Mißhandlungen mehrere Tage arbeitsunfähig. Es ist wegen dieses Vorkommnisses das Strafverfahren gegen den Ortschulzen Bussie in Schmiech und seine Helferlicher beim Landgericht zu Schneidemühl eingeleitet. Es wird nun um Abjuration der Akten o. a. Bussie und Genossen von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Schneidemühl gebeten und im Uebrigen auf eidliches Zeugnis des Arbeiters Julius Dessoau in Schneidemühl Bezug genommen. Begreiflich ist, daß durch ein derartiges Vorkommnis, insbesondere durch die ungezügliche Mißhandlung und Verhaftung eines Stimmgeld-Bereiters durch die Ortsbehörde die zur Verfügung des freisinnigen Wahlkomitees stehenden sonstigen Personen mit Schrecken erfüllt worden sind. Die deutsch-freisinnige Agitation in den Dörfern ist dadurch in der erheblichsten Weise gehemmt worden, weil nur wenige Personen den Mut hatten, sich der Wiederkehr solcher Vorkommnisse, die von den höheren Behörden offenbar gern gesehen wurden, anzuschließen. — Hervorgehoben wird, daß auch in dem Dorfe Besse der Schulze Sauer sich eines ähnlichen gesetzwidrigen Verhaltens wegen den freisinnigen Stimmgeld-Bereiter, Zigarrenmacher Seidel aus Schönlanke, schuldig gemacht hat. Seidel wurde von dem Schulzen Sauer am 20. Februar 1890, als Ersterer an Holz-Fuhrrente freisinnige Stimmgeld verteilte, gefragt, ob er noch mehr von den Betteln habe. Sauer lud auf bejahende Antwort des Seidel diesen ein, auf sein Gehört zu kommen. Dort angelangt, verschloß der Schulze Sauer die Thür, schloß den p. Seidel an der Brust mit den Worten: „Nun hab ich Dich, Du Hund, Du sollst mir nicht mehr lebendig vom Hof kommen.“ Demnach schlug er mit einem schweren Stock auf Seidel los, so daß der durch die verheerenden Schläge verwundet Seidel zu Boden fiel. Seidel war durch die erlittenen Mißhandlungen nicht nur außer Stande, das ihm aufertragene Geschäft der Stimmgeld-Verteilung weiter zu betreiben; er ist auch 2 Tage nach dem Wahltag arbeitsunfähig gewesen.

Beweis: Zeugnis des Zigarrenmachers Seidel in Schönlanke und des Sauer in Besse.

Wegen dieses Vorfalles ist in den Akten ca. den Schulzen Sauer in Besse bei der Staatsanwaltschaft zu Schneidemühl Anzeige erstattet und die Ermittlungsverfahren.

Betreffend die behauptete Mißhandlung und Freiheitsberaubung des Arbeiters Dessoau in Schmiech durch den Schulzen Bussie und Genossen ist am 10. Oktober 1890 ein gerichtliches Urteil ergangen und rechtskräftig geworden, wernad

1. der Schulze Hellmuth Bussie der Körperverletzung im Amte in zwei Fällen,
2. der Müller Julius Albert Vogel der gefährlichen Körperverletzung

schuldig und deshalb Bussie zu vierzehn Tagen, Vogel zu einer Woche Gefängnis, sowie zu einer Buße von einhundert Mark an den Arbeiter Dessoau und in die Kosten des Verfahrens verurteilt sind.

Ueber die Bemessung der Strafe ist den Erkenntnis-gründen Folgendes zu entnehmen: „Was die Strafmaßnahme anbelangt, so sind sowohl dem Angeklagten Bussie in beiden Fällen, wie dem Angeklagten Vogel mildere Umstände beizumessen. Denn es ist dem Angeklagten geglaubt, daß i hre Stellung als Grundbesitzer durch die Agitation für die freisinnige Partei auf dem Lande eine sehr mißliche geworden ist, indem dadurch sowohl die Ansprüche ihrer Arbeiter über Gebühr gesteigert als auch die Unbotmäßigkeit und Arbeits-unlust derselben sehr befördert sind. Es ist daher natürlich, daß die Angeklagten Bussie und Vogel über die von Dessoau beabsichtigte Agitation, von welcher sie eine erhebliche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erwarten hatten, sich sehr erregt haben. So allein ist die Maltraktation des Dessoau erklärlich. Mit Rücksicht auf die Maßlosigkeit der Mißhandlungen des Dessoau ist es jedoch gewollt, an erster Stelle eine Freiheitsstrafe, und nicht eine Geldstrafe, die die Angeklagten nicht empfindlich, wie es erforderlich war, treffen würde, gegen den Angeklagten zu verhängen. Es ist deshalb gegen den Angeklagten Bussie für jede strafbare Handlung eine aus § 340 Straf-Gesetzbuchs bemessene Gefängnisstrafe von zwei Jahren, welche bei 2 Strafen gemäß § 74 Straf-Gesetzbuchs auf eine Gesamtstrafe von vierzehn Tagen Gefängnis festgestellt sind, und gegen den Angeklagten Vogel eine Gefängnisstrafe von einer Woche als angemessen erkannt worden.“ Die Verurteilten haben alsdann folgendes Gnaden-gesuch eingereicht:

Schmiech, Kreis Kolmar i. P., den 31. Oktober 1890.
Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser!
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!
In tiefer Ehrfurcht wagen wir es, die Gnade Ew. Majestät anzusuchen!

Durch Erkenntnis des Königlich Landgerichts zu Schneidemühl vom 10. Oktober 1890 sind wir wegen Körperverletzung zu 14 Tagen beziehentlich einer Woche Gefängnis rechtskräftig verurteilt worden, weil wir einen sozialdemokratischen Agitator, als wir ihn von unserem Dorfe mit Gewalt fern halten wollten, geschlagen haben. Bis zu der letzten Reichstagswahl haben wir Eigentümer in Schmiech mit unsern Arbeitern friedlich zusammengelebt, wie wir es von unsern Eltern und Großeltern her gewohnt waren. Wir haben unsere politische Ehre baron gesetzt, und war uns selbstverständlich, daß ein deutscher, löstgretter Abgeordneter aus unserm Wahlkreise in den Reichstag gewählt wurde. Da erschienen plötzlich und ungerufen bei uns Herren aus Berlin, die, obgleich sie offenbar von unsern Verhältnissen nichts verstanden, Alles schlecht machten, was bisher die Regierung getan, und ihr Werkzeug, der sogenannte Arbeiter Dessoau aus Schneidemühl, erzählte unsern Arbeitern, daß sie daselbe beanspruchten könnten, wie wir, und nicht mehr bei uns zu arbeiten brauchten. Die Folge hiervon war, daß unsere Arbeiter die Arbeit niederlegten und sogenannte Freiheitslieder sangen, in denen Alles verhöhnt wurde, was uns als unantastbar gegolten hatte. Durch diese uns verhasste Agitation haben wir uns leider zu einer Uebereilung verleiten lassen. Als Dessoau abermals erschien, um nominal freisinnige Flugblätter zu verteilen, in Wahrheit aber für die Sozialdemokratie zu wirken, wollten wir den ungebildeten Gast nicht weiter bei uns dulden. Wir haben in der Annahme, daß er gegen das Gesetz verstieße, wenn er ohne behördliche Erlaubnis Flugblätter verteilte, ihn unserm vorgeordneten Polizeikommissar vorgeführt und ihn bei dieser Gelegenheit geschlagen. Wir bedauern unser Vergehen und sind bereit, Sühne zu geben, nur möchten wir vor dem Gefängnis bewahrt bleiben. Wir sind beide noch jung und daher unbefonnen gewesen, wir sind noch nicht bestraft. Unsere Nachbarn würden hinfür mit Geringschätzung auf uns herabsehen, wenn wir im Gefängnis gewesen wären; diese Strafe würde wie ein ewiger Mangel an uns haften. Unsere innigste Bitte geht daher dahin:

die gegen uns erkannte Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln.

Indem wir Leumundsatteste unseres Kreis-Landrats beifügen, erbeten wir als Ew. Majestät treu ergebenste

Hellmuth Bussie, Julius Vogel
Freischulze, Müller.

Auffallend in diesem Gesuche ist die Angabe, daß die Petenten „einen sozialdemokratischen Agitator geschlagen zu haben“ vorgeben, während in den gesamten Gerichtsakten nur von der „freisinnigen“ Agitation die Rede ist und auch nur sein konnte, da in der ganzen Wahlbewegung gerade die Sozialdemokratie fehlt.“

Soweit der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission. Derselbe konstatirt in seinen letzten Sätzen, daß die Gnaden-gesuchsteller mit falschen Angaben operirt haben, denn weder war ein sozialdemokratischer Wahlkandidat in dem Kreise aufgestellt, noch war der Arbeiter Dessoau Sozialdemokrat. Derselbe hat nur deutschfreisinnige Flugblätter und Stimmgeld für den Kandidaten dieser Partei zur Verteilung gebracht und dafür ist er, wie das gerichtliche Erkenntnis sagt, maßlos mißhandelt worden und zwar von dem Ortschulzen, also einer Amtsperson, und einem zweiten, ebenfalls mit seiner „Königstreue“ prahlenden Konservativen. Das Gnaden-gesuch hatte Erfolg, denn wie wir im Kommissionsbericht weiter lesen: „sind nach den Gerichtsakten Bussie und Vogel zu einer Geldstrafe von 20 und 10 Mark begnadigt worden.“ Die vom Reichstage eingeforderten Akten der Staatsanwaltschaft sind nicht eingereicht worden, was insofern sehr zu bedauern ist, als sich aus denselben ergeben würde, aus welchen Gründen die königliche Staatsanwaltschaft dem Begnadigungsgesuch ihre so erfolgreiche Fürsprache angeeignet lief. Im Uebrigen bemerken wir nur, daß der Bericht, dem wir die vorliegenden Mitteilungen entnehmen, vom 1. März 1892 datirt ist.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7. März.
Heirats-Ankündigungen. 1. Postdirektor Erich Baron von Seherr-Loh, ev., zu Galsap, und Margarete von Schmitzberg, Kaiser Wilhelmstr. 5. — Arbeiter Friedrich Herrmann, ev., Breitestr. 16.17, und Anna Thunig, evang.,

Klosterstr. 22. — Ingenieur Oscar Freudel, ev., Berlin, und Helene Dehmel, ev., Kronprinzenstr. 87. — Kaufmann Otto Döring, ev., Abt. Sachswerten, und Magdal. Deis, evang., Palmstr. 9. — Schmidt Carl Kamppe, kath., Hohrauerstr. 19, und Anna Nidel, kath., Holteistr. 84. — Post-Sekretär Max Plebner, evang., Kaschstr. 2c, und Selma Sambale, evang., Gillerstr. 14. — Haupt-Steueramts-Assistent Max Reichel, ev., Gräbchenstr. 39, und Helene Sambale, ev., Gillerstr. 14. — Arbeiter Johann Tillmann, kath., Rößstr. 38, und Hof. Gustine, kath., Palmstr. 35. — Tischler Julius Teuber, kath., Sedanstr. 28, und Auguste Scholz, kath., Sedanstr. 7. — Lokomotivführer Georg Sonnabend, kath., Agnesstr. 7, und Helene Müller, kath., Borwerkstraße 78. — Schlosser Heinrich Hentschel, kath., Rößstr. 38, und Pauline Keil, ev., Breitestr. 23.24. — III. Arbeiter Max Schubert, ev., Wenzelstraße 10a, und Emilie Woch, kath., daselbst. — Postkassener Gustav Wulfer, ev., Fürstenstr. 83, und Angela Fischer, kath., daselbst. — Kassierer Josef Lis, kath., Gr. Fürstenstr. 81, und Ernestine Reumeister, geb. Künzel, ev., daselbst. — Schuhmacher Michael Bendzalek, kath., Pirichstr. 65, und Caroline Brinke, ev., daselbst. — Kaufmann Jomar Landsberg, jüd., Bismarckstraße 37, und Helene Wittenberg, jüd., Rosenthalerstr. 4a. — Drahtarbeiter Wilhelm Wilschke, ev., Brittenhals 5, und Augusta Stok, ev., Alexanderstr. 12. — Hilfsbremsler Heim. Doh, ev., Michaelstr. 26, und Juliane Kronberger, evang., Ring 14. — Kammerdiener Hermann Wiesner, ev., Bismarckstraße 8, und Luise Barich, evang., Karlsruh. 27. — Kutscher Albert Scheindel, kath., Abalberstr. 47, und Agnes Reiguer, kath., daselbst. — Arbeiter Ferdinand Köffel, kath., Sanderstr. Nr. 11, und Auguste Fiebig, ev., daselbst. — Magistrats-Sekretär Eduard Triepke, ev., Berlin, und Helene Pavel, ev., Thiergartenstr. 5.

Eheverträge. I. Ehepaar Heinrich Vogt, kath., mit Maria Hild, kath., hier. — Arbeiter Max Verberber, kath., mit Rosalie Janke, kath., hier. — Kutscher Franz Bieznierski, kath., mit Martha Krause, kath., hier. — Arbeiter Heinrich Blasche, kath., mit Bertha Gläser, evang., hier. — Eisenbahn-Zeichner Modestus Rawrod, kath., mit Anna Schottländer, kath., hier. — Müller Paul Wajebowski, kath., Köpplw., mit Auguste Friedrich, ev., hier. — II. Kaufmann Adolf Lewin, mos., mit Jenni Neumann, mos., hier. — Tischler Carl Arndt, ev., mit Anna Gide, ev., hier. — Apothekenbesitzer Paul Wotta, ev., zu Eyd, mit Clara Schmelzer, ev., hier. — Sattler Gustav Höster, ev., mit Pauline Jodel, ev., hier. — Schriftföher Hermann Polack, kath., mit Anna Knappe, kath., hier. — III. Knopfmacher Adolf Haniel, evang., mit Josefina Mülling, ev., hier. — Schneider Johann Handmann, kath., mit Marie Gumball, ev., hier. — Gerichts-Aktuar Max Lerche, ev., mit Martha Hansen, ev., hier. — Schneider Franz Hanke, kath., mit Martha Hanel, kath., hier. — Postkassener Wilhelm Kiegel, kath., mit Auguste Segner, kath., hier.

Geburten. I. Fleischer Carl Barnitzke, evang., S. — Handwerksmann Richard Hentschel, ev., S. — Straßenbahn-Kondukteur Hermann Hendriof, kath., L. — Schmalzer Paul Ehrlich, ev., S. — Klempner Heinrich Kubitzke, kath., S. — Schneidermeister Carl Wilhelm, ev., S. — Arbeiter Heinrich Uhr, ev., S. — Schlosser Bruno Ahmann, ev., L. — Kutscher Carl Wirsing, ev., Zwillinge (L.). — Kaufmann Julius Kuben, jüd., L. — Schneider Hermann Dauge, evang., S.

Todesfälle. I. Arbeiterin Marie Matuschel, 62 J., — Fouragehändler-Witwe Johanna Dittmann, geb. Kallink, 62 J. — Barbierwitwe Eleonore Hoffmann, geb. Jgel, 71 J. — Chem. Stellmacher Ernst Hilbig, 75 J. — Bureau-Affistent Georg Elsner, 19 J. — Arbeiter Karl Klog, 69 J. — Arbeiterfrau Rosina Wenzel, geb. Forster, 33 J. — Arbeiter Wilhelm Grundmann, 39 J. — Teresa Berke, ohne Beruf, 47 J. — Haushälterin Ernestine Scholz, geb. Buske, 65 J. — Köchin Mathilde Huse, 39 J. — Arbeiter Hermann Piech, 47 J. — Mag. S. d. Barbiers Max Schröder, 7 J. — Buchhalterin Frau Gertrud Weiblich, geb. Hoffmann, 21 J. — Schneidermeisterfrau Lieke Abraham, geb. Dembski, 39 J. — Hebamme, S. d. Klempners Eduard Habel, 1 J. — Bernhardt, S. des Malermeisters Wilhelm Adermann, 2 J. — Otto, S. des Dieners Carl Müde, 11 J. — II. Carl, S. d. Knopfmachers Alwin Nidel, 11 J. — Lokomotivführer Franz Schwebler, geb. Schmidt, 51 J. — Arbeiter Paul Walter, 22 J. — Metz, L. d. Bureau-Vorstehers Heinrich Wahnert, 3 J. — Arbeiter Hermann Ueberhär, 27 J. — Tischlermeisterin Henriette Wilde, geb. Kungendorf, 68 J. — Waldemar, S. des Eisenbahn-Betriebs-Sekretärs Josef Teuber, 18 J. — Marie von Johnston, ohne bei. Stand, 15 J. — Alfons, S. des Maurers Carl Koenig, 2 J. — Kaufmann Marcus Lewy, 70 J. — Königl. Bau Rath Knorr, 69 J.

Bereins-Kalender.

Breslau. Gesangsabteilung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins. Jeden Mittwoch, Abends von 8 1/2 Uhr ab: Liedersunde unter tüchtigem Dirigenten im Lokale „zu den drei Tauben“, Neumarkt 8. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Les- und Diskussionsklub „Solidarität“ **Breslau.** Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Lehndamm 28 (Dahof). — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Briefkasten für den lokalen Teil.

S. S., Nieder-Salzbrunn. Sie sind für das Einleiben der Marken gesetzlich verantwortlich zu machen und hätten sich auf alle Fälle schon vorher deswegen bei irgend einem zuständigen Amte erkundigen sollen. Ob Sie bei Ihrem Verhältnis zu den andern Arbeitern einen Vorteil hatten oder nicht, ist gesetzlich ganz gleichgiltig. **Neustadt.** Leider „vergriffen“. Geht es nicht auch ohne Referenten? — Grub.

Berichtigung.

In dem Leitartikel der Nr. 56 „Oberales Rombdiantentum“ ist in der zweiten Spalte im vorletzten Absatz das Wort „auch“ überflüssig; ebenso sind auszumergen die Worte „dann“ (dritte Spalte, Absatz 2), und „für Schlesien“ (Absatz 3). Endlich sollte es in der dritten Spalte, Absatz 1 heißen: konnten.

Achtung!

Gewerkschafts-Karteil für Breslau und Umgegend.

Die Mitglieder-Versammlung findet Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr in dem Lokal des Herrn Martin, II. Grotzengasse 10, bestimmt statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die Lokalfrage.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Die Inhaber von Sammel-Listen

zu den

Gewerbegerichts-Wahlen

werden ersucht, dieselben zwecks Abrechnung sofort in der Expedition abzuliefern.

Die Kommission.

Leser- und Diskutir-Klub

„Freiheit“.

Vereinsabend jeden Dienstag Abend 8 Uhr in Kalm's Lokal, Ludwigstrasse 3, „zum Rosenhain“.

Am 8. März ist folgende Tagesordnung:

1. Vortrag: Das Dreiklassenwahlssystem.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.
NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Leser- und Diskutirklub „Gleichheit“.

Dienstag, den 8. März 1892:

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof „zum Haken“, Borwerkstraße 47.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Leser- u. Discutir-Club

„Solidarität“.

Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokal des Herrn Rüster, Lehndamm 28.

Mittwoch, den 9. März ist folgende Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Rah.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Des hochinteressanten Lesens wegen, welches unser Referent behandelt, werden die Genossen ersucht, recht zahlreich, vor allen Dingen aber pünktlich zu erscheinen. Nach Schluß der Versammlung Aufnahme neuer Mitglieder.

Das Stiftungsfest des Lotterie-Vereins

„Herrmanns Ruh“

findet Sonnabend, den 12. März cr., in Olafke's Salon, Gräbshenerstraße statt.

Freunde und Genossen sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Großes Vereinszimmer mit Pianino

zu vergeben, auch können gefellige Abende abgehalten werden.

Stache's Restaurant, Breitestraße Nr. 3.

J. Kaluza,
Schuhmacherstr.,
Sirichstraße 17,
empfeht
sein großes Lager von
20b) **Schuhwaren**
für Herren, Damen
und Kinder.
**Sonstigen-
Schuhe**
in großer Auswahl
zu billigen Preisen.



Für Vereine!
Kartell-Artikel wie: Bouquets, Dbd. v. 50 Pf. an,
Orden, Dbd. von 20 Pf. an, Insekten, Dbd. von 10 Pf. an.
Einladungskarten,
pro Hundert von 1 Mk. an, sowie sämtliche Drucksachen in
eigener Druckerei hergestellt schnell und billig.
Brocken eigener Fabrik. 6
**A. Wollmann, Breslau, Nikolaistraße
Nr. 16.**

Deutscher Handwerker- und Arbeiter- Notiz-Kalender

für das Schaltjahr 1892

Preis à 50 und 75 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“

Max Weich, Schmiedebrücke Nr. 19

— Zur Silbrenen 19. —

Jeder Konkurrenz die Spitze bietend, verkaufe zu billigsten festen Preisen sämtliche Artikel in

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Aufertigung nach Maß in eigener Werkstatt in kürzester Zeit.

Fracks und complete schwarze Anzüge werden verlichen.

Max Weich, Schmiedebrücke Nr. 19

— Zur Silbrenen 19. —

1000 Jahrgänge!!!

des Jahres 1891 der sozialistischen

„Illustrierten Familien-Bibliothek“

für das arbeitende Volk, enthaltend: belehrende Aufsätze, freigeistige, Novellen, Erzählungen und Gedichte, werden gegen Einsendung

von 45 Kreuzer per Jahrgang

ausverkauft und portofrei zugesandt. Für Deutschland 90 Pf. Früherer Verkaufspreis dieses Jahrganges fl. 1,00.

Bestellungen übernimmt die Redaktion der „Familien-Bibliothek“, Wien VII, Kaiserstrasse 117.

Nur gegen vorherige Einsendung des Betrages erfolgt die Zusendung.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung
neue **Obertourant-Exemplare:**
Herrn. Kaffalle & Meiden und Schiffer
in 40-60 Bänden à 3 Bogen zum Preise von 20 Pf. pro Bf.
Der Auftrag bei Vorhanden der feinsten
Kartell-Druckerei
von Schward Bernfeld, London.
Bestell bei „Vorwärts“ Berliner Volksblatt in Berlin SW.

Reichloses Pulver.
Gundstüber Schießverein, Du schiest
Mit reichlos Pulver gern!
Du schreiest fort mit unfer Zeit!
Dies Pulver ist modern!
Weißt Du, wo Du ins Schwarze triffst
auch ohne Pulver immer?
Wo Du erst recht Dich zeigen kannst
Im vollsten Glanz und Schimmer?
Mit „Pulver“ wird auch Geld benannt,
Der rechte Schütze läßt sich,
Und geht, braucht eine Zoppe er
zur „Gold'nen Vierundsechzig!“

Jetzt im Ausverkauf.
Herren-Winter-Paletts von
10 Mark an, Ia. wie nach
Maß gefertigt von 18 Mark
an, Schwaloffs mit Pelzlinie,
Herren-Herbst-Anzüge von
10 Mark an, feine Winter-
Anzüge von 16 Mk. an, Braut-
Anzüge in Tuch und Sammet
von 25 Mark an, sehr gute
von 33 Mk. an, Herren-Jaquets,
von 5 Mk. an, Winter-Jaquets
mit Wollfutter von 8 Mark an,
Schlafschröcke von 8 Mark an,
Herren-Buckin-Hosen v. 3 Mk.
an, gute Winter-Hosen von
5 Mark an, Hosen und Westen
von 6 Mark an, moderne von
8 Mk. an, Quab-Winter-Palet.
mit Besatz v. 3 Mk. an, Anzüge
für j. Alter von 2,50 Mark an,
Kellner-Fracks und Anzüge.
Versandt nur unter Nachnahme.
Umiausch bereitwill. jed. Zeit.
Confirmanden-Anzüge in jed. Größe.

Wir empfehlen unser
Frack-Verleih-Institut,
und verleihen elegante, moderne
nene Fracks à 2 Mark
in jeder Größe und Weise.
„Goldene 74“
1. Etage, Ohlauerstr. 74, 1. Etage.

Ein Parteigenosse
(Sandwerker) bietet um ein Darlehn
von 300 Mk. zu 4 pCt. Derselbe
würde das Geld in einviereljährigen
Raten von je 20 Mark pünktlich
zurückzahlen. Offerten unter A. B. 100
nimmt die Exp. d. Bl. gern entgegen.

Carl Förster's
Bäckerei
Herslinerstraße Nr. 13
empfeht schönes großes
Roggen-Brot
sowie ein vorzügliches schmackhaftes
Sausbrot ohne Weizenmehl,
à Pfd. 54 Pfg.

Carl Schäfer,
Sorgau,
Schneidermeister,
empfiehlt sich den Genossen des Wal-
denburger Kreises zur beginnenden
Frühjahrs-Saison zur Anfertigung von
Anzügen
von 20 Mark an bis zu den feinsten
Genres.

Zu beziehen durch die „Volkswacht“:
Kautsky, Mary' Oekonomische Lehren
Gebund. Nr. 2,00.
Blas, W., Die französische Revolution.
Brochirt Nr. 4,00. Gebund. Nr. 5,50.
Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.

Einbanddecken
zu
„Der Mensch und seine Rassen“
à Stück 1 Mark liefert die
Expedition
der „Volkswacht“, Breslau.